

Politische Kultur im Umbruch?

Quergedacht in Baden-Württemberg. Dokumentation der Veranstaltungsreihe in Kooperation mit Mehr Demokratie e. V. Baden-Württemberg



MEHR DEMOKRATIE !





Editorial



Dr. Sabine FandrychFritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Unsere Gesellschaft ist im Wandel durch Digitalisierung, Globalisierung und demografische Veränderungen. Politische Entscheidungen werden als alternativlos hingestellt oder sind nicht nachvollziehbar. Viele Bürgerinnen und Bürger fordern mehr Mitsprache. Andere wenden sich vom politischen Geschehen ab. Es ist die Rede von Politikverdrossenheit, gar von einer Demokratiekrise.

Wie müssen politische Akteure auf diese gesellschaftlichen Trends reagieren? Wie kann die Demokratie weiterentwickelt werden? Brauchen wir mehr oder weniger direkte Mitsprache – oder gar eine andere Demokratie? Das sind einige der Fragen, mit denen sich die Veranstaltungsreihe "Politische Kultur im Umbruch?" beschäftigt hat. An zehn Abenden zwischen Oktober 2013 und April 2016 hat das Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, gemeinsam mit dem Verein Mehr Demokratie Baden-Württemberg eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen diskutiert, sowohl in Form von Vorträgen als auch im Diskurs mit den teilnehmenden Bürger_innen. Zu Gast waren Vertreter innen politischer Parteien, der Wissenschaft, der Medien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der politischen Bildung, so dass viele Perspektiven auf die moderne Gesellschaft zur Sprache kamen. Moderator und Gastgeber war Thorsten Faas, Wahlforscher und Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Mit dieser Dokumentation möchten wir Ihnen nicht



Sarah Händel Mehr Demokratie e. V. Baden-Württemberg

nur einen Überblick über die Themen der Veranstaltungsreihe geben, sondern auch Denkanstöße für die demokratische Kultur von morgen. Viel Spaß beim Erkunden!

Inhalt

Mehr oder weniger Demokratie wagen?	2
Die Bürger_innen von morgen	4
Die politische Bildung von morgen	6
Wie wird Politik in Zukunft gemacht?	9
Das politische Umfeld im Umbruch	15
Demokratie als Simulation?	23

Mehr oder weniger Demokratie wagen?

Den Auftakt der Veranstaltungsreihe machte ein spannendes Streitgespräch im Oktober 2013 in Waiblingen über die Frage: Braucht Deutschland mehr oder weniger direkte Bürgerbeteiligung? Lähmt diese den demokratischen Prozess oder ist sie im Gegenteil unabdingbar, um einer verbreiteten Politikverdrossenheit entgegenzuwirken?

Darüber diskutierten Laszlo Trankovits, Büroleiter der Deutschen Presseagentur (dpa) in Kapstadt und Autor des Buches "Weniger Demokratie wagen. Wie Wirtschaft und Politik wieder handlungsfähig werden", und Dr. Nadja Braun Binder, Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer und ehemalige Leiterin der Sektion Recht der Schweizer Bundeskanzlei.

Repräsentative Demokratie als Erfolgsmodell

Laszlo Trankovits sieht die Funktionsfähigkeit der Demokratie durch Medien und den "maßlosen Bürger" in Gefahr. Die repräsentative Demokratie bezeichnet er als Erfolgsmodell, das durch Populismus und Politikverdrossenheit bedroht sei. Die Bürger_innen seien gebildeter, reicher und selbstbewusster als je zuvor – aber auch fordernder und maßloser. Durch die Globalisierung schrumpften die politischen Entscheidungsspielräume. Durch diese Entwicklungen werde es immer schwieriger, die Gesellschaft tatsächlich zu gestalten. Als Folge seien die Regierenden ständig in der Defensive. Die Politik, im Dauer-Wahlkampfmodus, habe keine Ruhe mehr. Stärkere Bürgerbeteiligung würde das laut Trankovits noch verschärfen: Mit mehr







V.l.n.r.: Nadja Braun Binder, Thorsten Faas, Laszlo Trankovits

direktdemokratischen Elementen laufe man Gefahr, eine hektische Stimmungsdemokratie in einer verunsicherten Gesellschaft zu etablieren. Trankovits zufolge bietet das Parteiensystem ausreichend Möglichkeiten, sich zu beteiligen, wie das Beispiel neuer Parteien wie der Piraten und der AfD zeige. Wichtig sei vielmehr, der Verachtung der Politik entgegenzuwirken, die politische Bildung viel systematischer auszubauen und das Verantwortungsgefühl des Wählers zu stärken. "Der Bürger muss stärker als bisher gefordert werden. Es darf nicht nur heißen: "Gehe zur Wahl!" Es muss auch heißen: "Informiere Dich. Bilde Dich. Engagiere Dich. Sei bescheidener!""



V.l.n.r.: Thorsten Faas, Nadja Braun Binder, Laszlo Trankovits

Kombination von direkter und repräsentativer Demokratie?

Dr. Nadja Braun Binder empfiehlt mehr direkte Demokratie für das politische System in Deutschland. Sie wies zunächst auf das wesentliche Merkmal der Demokratie hin: die Legitimation staatlicher Macht durch das Volk als Souverän. Dabei ließen sich direktdemokratische und repräsentative Instrumente gut kombinieren. Entgegen landläufiger Klischees attestiert Braun Binder den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands ein immens großes Interesse an Politik und eine solide Kenntnis politischer Themen. Sicherlich gebe es auch Verdrossenheit in Bezug auf das Funktionieren des politischen Systems in der Praxis. Zwar existierten in Deutschland bereits relativ viele Beteiligungsmöglichkeiten; aber diese fänden oft

nicht richtig Eingang in die politischen Entscheidungsabläufe. Braun Binder plädierte daher für die Einführung verbindlicher direktdemokratischer Verfahren, um den Protest "weg von der Straße" zu holen, ihn stattdessen in den politischen Prozess einzuspeisen und so auch die Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen. Laut Braun Binder wirken Volksinitiativen und -entscheide auch präventiv, da die Politik den Bürger innen auf diese Weise von vornherein mehr Gehör schenken müsse. Beim Ausbau der direktdemokratischen Elemente biete die Schweiz einen Erfahrungsfundus mit vielen Varianten – wobei sicherlich nicht alles auf Deutschland übertragbar sei.

Einigkeit bestand zwischen Laszlo Trankovits und Nadja Braun Binder darin, dass die Demokratie in Deutschland vor Problemen stehe und sich an der derzeitigen Lage etwas ändern müsse. Dazu gehöre unter anderem das Demokratiedefizit der Europäischen Union: Die wirtschaftlichen Akteure seien über die Nationalstaaten hinausgewachsen, ohne dass die Politik hier Schritt gehalten habe.

In der Publikumsdiskussion wurde beklagt, dass die Parteien in Deutschland die Verbindung zur Gesellschaft verloren hätten und nur noch ihr eigenes Süppchen kochten. Dem widersprach Trankovits mit dem Verweis auf die für ihn hinreichenden Beteiligungsmöglichkeiten. Eine starke programmatische Annäherung der Parteien sah er jedoch auch.¹

Für die Veranstaltungsreihe wurden in dieser Debatte schon viele Themen angerissen: Welche Rolle sollen Bürger_innen in Zukunft einnehmen, wie entwickeln sich Parteien und Politiker_innen? Wie kann politische Bildung wirken? Diese Fragen sollten die Reihe "Politische Kultur im Umbruch?" prägen.

¹ Eine Video-Dokumentation der Veranstaltung gibt es hier: https://www.youtube. com/watch?v=aBv7y5AC5Y0



Die Bürger_innen von morgen

Demokratie – das kommt vom altgriechischen Ausdruck für "Herrschaft des Volkes". Ohne die Beteiligung des Volkes also auch keine Demokratie. Aber wie steht es um die Bürgerinnen und Bürger und ihre Rolle in der Demokratie? Wie beteiligen sie sich? Sind sie zufrieden mit der Demokratie? Welche Mitwirkungsmöglichkeiten wünschen sie sich?

Bei der Veranstaltung "Die Bürger_innen von morgen!" stellte Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsanalyse in Köln die Ergebnisse einer Studie zu den 17 Millionen Nichtwähler_innen bei der Bundestagswahl 2013 vor.

Frappierend waren folgende Zahlen: Im Jahr 1983 war die Wahlbeteiligung sowohl des untersten Fünftels als auch des obersten Fünftels auf der Verdienstskala in Deutschland hoch (88 bzw. 94 Prozent). Die beiden Gruppen lagen also nur ca. 6 Prozentpunkte auseinander. Das veränderte sich stark: 2009 gingen nur noch 57 Prozent der Geringverdiener, jedoch 91 Prozent der Höchstverdiener zur Wahl. Der Zusammenhang zwischen geringem Verdienst oder auch Arbeitslosigkeit und der Wahlenthaltung sei eindeutig nachzuweisen, so Schäfer. Das heiße in der Konsequenz: Je größer der Anteil der Nichtwähler innen bei einer

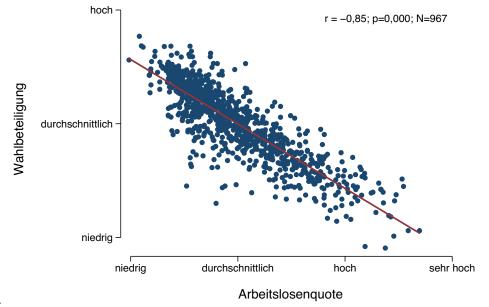
Wahl, desto weniger würden auch die Interessen der Geringverdienenden repräsentiert, denn sie sind es, die ihre Stimme nicht abgeben. In den größten Problemvierteln gab nur noch jeder Zweite bei der letzten Bundestagswahl die Stimme ab. Unzufriedenheit und Desinteresse an Politik in unteren Einkommensschichten verstärkten diesen Zusammenhang noch.

Hat die Demokratie ein Legitimitätsproblem?

Dieser Riss durch die Gesellschaft stellt die Demokratie vor ein Repräsentationsproblem und damit vor ein Legitimationsproblem. So sieht es Angelika Vetter von der Universität Stuttgart. Denn Politiker_innen interessierten sich tendenziell eher für die Wähler_ innen und könnten die Schichten, die sich nicht beteiligen, aus den Augen verlieren. Dieses selektive Beteiligungsmuster gelte sowohl bei Verfahren der Bürgerbeteiligung (partizipative Verfahren, bei denen am Ende die gewählten Gremien die Entscheidung treffen) als auch der direkten Demokratie (die Bürger_innen treffen die Entscheidung durch Abstimmung selbst). Generell sei aber in Deutschland die Wahlbeteiligung nur bei subnationalen Wahlen im europäischen Vergleich niedrig.

Das Misstrauen der Menschen gegenüber Politiker_innen sei schon immer relativ hoch gewesen. Verstärkt hätten sich der Protest und die Rufe nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Neue Kommunikationsformen im Internet spielten auch eine Rolle. Allerdings würden die bisher vorhandenen Instrumente wie Petitionen, Unterschriftensammlungen und Bürgerbeteiligungsverfahren eher spärlich und von den immer gleichen, hoch gebildeten und gut situierten Gruppen genutzt. Auch die Zahl der Parteimitglieder geht bekanntlich seit Jahren zurück.

Angelika Vetter zufolge sind es vor allem die Verwaltungen, die mehr Bürgerbeteiligungsprozesse anstoßen und die Bürgerinnen und Bürger animieren mitzumachen. Die Politikwissenschaftlerin sieht alternative Beteiligungsformen vor allem als Ergänzung zu Wahlen, die noch immer mit Abstand die meistgenutzte Beteiligungsform darstellen.



Armin Schäfer et al. (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, Seite 12.







V.l.n.r.: Armin Schäfer, Angelika Vetter, Thorsten Faas, Georg Diez

Trägt die Politik die Schuld am Rückgang der Wahlbeteiligung?

Aus dem Publikum kam die These, dass in unserer Gesellschaft eine Entsolidarisierung stattgefunden habe: Die Elite und die Parteien machten keine Politik mehr für die unteren Schichten und diese interessierten sich daher auch nicht mehr für Politik und die zur Wahl stehenden Alternativen. Eine Ansicht, die zuvor auch vom dritten Gast auf dem Podium geäußert worden war, dem Spiegel Online-Kolumnisten und bekennenden Nichtwähler Georg Diez: Er ging so weit, der Politik in Bezug auf Herausforderungen wie Klimawandel, Bankenkrise und die soziale Krise radikales Versagen vorzuwerfen. Sie schaffe es nicht, die großen Fragen zu beantworten, und beschränke sich auf Interessenpolitik. Er weigere sich zu akzeptieren, dass allein die Parteien das politische Spielfeld definierten und damit die Demokratie mit dem Parteienstaat gleichgesetzt werde. Deswegen gehe er nicht wählen, bis sich der politische Diskurs wieder für echte Alternativen öffne. Diez forderte neue Formen der demokratischen Beteiligung im Internet wie Liquid Feedback oder mehr direkte Demokratie. Am besten gefiele ihm eine Verfassungskonferenz, die alles auf den Prüfstand stellen und eine neue Republik begründen würde. Das wäre eine Zäsur, um uns zu besinnen, wie wir leben und unsere Demokratie organisieren wollen, um die großen Herausforderungen anzugehen.

Am Ende standen viele Fragen: Wie kommen wir zu Veränderungen? Kann die wachsende Gruppe an Menschen, die sich immer weiter von der Demokratie entfernt, eine Antriebskraft für Reformen sein? Welche Maßnahmen können Politiker_innen ergreifen, um die politische Auseinandersetzung und die Beteiligung der Menschen zu fördern? Welche Rolle spielen die Medien? Welche die politische Bildung?



Die politische Bildung von morgen



V.l.n.r.: Gisela Erler, Thorsten Faas, Michael Lesky, Christine Wiringer

Aufgabe der politischen Bildung ist es, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, Hintergründe transparent zu machen, Orientierung zu bieten und Menschen zu befähigen, sich konstruktiv und kritisch am politischen Prozess zu beteiligen. Dafür braucht sie die richtigen Rahmenbedingungen. Welche das sind und wie die Bürger_innen befähigt werden können, wirkungsvoll in komplexen politischen Systemen zu partizipieren, darum ging es in der Diskussionsrunde zum Thema "Die politische Bildung von morgen!". Über diese Fragen diskutierten unter Moderation von Prof. Thorsten Faas die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung der baden-württembergischen Landesregierung, Gisela Erler, der Referent für Politik-Gesellschaft-Umwelt beim Volkshochschulverband Baden-Württemberg Dr. Michael Lesky, und Christine Wiringer, die Leiterin des Schülerhorts "Villa Kunterbunt" in Neu-Ulm und Multiplikatorin des Programms "Kinderstube der Demokratie".

Politische Bildung durch konkrete Erfahrung

Staatsrätin Gisela Erler betonte, dass Partizipation zu mehr Informiertheit führe. Sie

wagte die provokante These, dass ein Absolvent einer Hauptschule in der Schweiz mehr über Politik wisse als ein Akademiker in Deutschland. Die konkrete Erfahrung von Gestaltungsräumen durch direktdemokratische Elemente und andere Beteiligungsformen sei die beste politische Bildung. Dennoch müssten "politische Grundentscheidungen [...] klar durch Wahlen getroffen werden". Sie müssten nur durch Bürger- und Volksentscheide auf Landes- und Bundesebene ergänzt werden. Dies wünschten sich auch die Bürger_innen, wie die jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung "Vielfältige Demokratie" belege¹. Die grün-rote Landesregierung habe nach langwierigen Verhandlungen einen Kompromiss für eine Änderung der Landesverfassung erreicht und werde das Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden von 33 auf 20 Prozent absenken². Baden-Württemberg sei ein Lernlabor von praktischer politischer Bildung mit

zahlreichen Leuchttürmen und Pilotprojekten, sagte Erler. Die Frage des Moderators, ob sie politische Bildung für überflüssig halte und durch Partizipation ersetzen wolle, verneinte sie aber ausdrücklich: "Ich sehe eine Dialektik zwischen politischer Bildung und Beteiligung. Beides ist notwendig und verstärkt sich gegenseitig."

Christine Wiringer erläuterte das Projekt "Kinderstube der Demokratie", das bundesweit etwa 50 Multiplikator_innen in Kinderhorten durchführen. Es integriere Partizipation und Bildung, denn Beteiligung sei ja auch ein verbrieftes Recht von Kindern. Die Kita funktioniere dabei wie eine Gesellschaft im Kleinen, mit verfassungsgebender Versammlung, institutionalisierten Verfahren und demokratischen Gremien, in denen sowohl Kinder wie Erzieher_innen mitarbeiten und deren Regeln und Entscheidungen sich beide gleichermaßen zu unterwerfen haben. Wiringer betonte, dass man natürlich den "Bürger_innen des Horts" ihre Rechte erst einmal erklären müsse – in einer Art politischer Bildung. Dann nähmen die Kinder ihre Rechte aber durchaus wahr. Das Projekt fördere die Fähigkeiten, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zum Ausdruck zu bringen, sich zu informieren, Einfluss zu nehmen, aber auch die Meinung anderer und Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren - Fähigkeiten also, die alle Bürger_

Bertelsmann-Stiftung (HG): Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie "Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden", Gütersloh 2014

Dies ist inzwischen geschehen. Bei der Volksabstimmung über ein Gesetz entscheidet die Mehrheit der gültigen Stimmen, außerdem muss mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen (das sogenannte Zustimmungsquorum). Bei einer Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung oder die Auflösung des Landtags ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich. Vgl. https:// beteiligungsportal.badenwuerttemberg. de/de/informieren/wie-beteilige-ich-mich/ land/volksbegehren-und-volksabstimmung/





innen einer Demokratie bräuchten. Kinder seien dadurch auch eher gewillt, Verantwortung zu übernehmen.

Reichweite von politischer Bildung noch zu gering

Für Michael Lesky vom Volkshochschulverband ist es das Ziel politischer Bildung, angesichts der Informationsflut Orientierung zu geben, den Blick auf das Ganze zu richten und die Urteilsfähigkeit der Menschen zu stärken. Dies müsse jedoch ohne Indoktrination geschehen. Dabei diene politische Bildung auch als Scharnier zwischen Bevölkerung und Politik. Sie ermögliche die persönliche Begegnung und Auseinandersetzung und erkläre politische Kontroversen. Selbstkritisch gab der Bildungsmanager aber zu, dass die Reichweite politischer Bildung zu wünschen übrig lasse. Häufig erreiche sie nur diejenigen, die bereits politisch interessiert seien. Das Augenmerk müsse besonders auf Jugendlichen, Zugewanderten und sozial Benachteiligten liegen. Lesky wies darauf hin, dass politische Bildung dauerhafter Strukturen und verlässlicher Finanzierung bedürfe: sie funktioniere nicht als Feuerwehr bei Krisensituationen.

In der anschließenden Diskussion wiesen die Teilnehmer_innen vor allem auf Hindernisse für Beteiligung hin. Die politischen Strukturen der Mitwirkung, sei es in Parteien oder Verbänden, passten nicht mehr zum Alltag der Menschen. Bürger_innen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren hätten nicht genügend Zeit, sich für ein Ehrenamt zur Verfügung zu stellen oder kontinuierlich



an einem Thema zu arbeiten. Gisela Erler verwies darauf, dass gerade direktdemokratische Mitwirkung oder Dialogverfahren punktuelle Beteiligung ermöglichen könnten. Für wichtig hielt sie auch, ebenso wie einige Teilnehmer_innen, dass die Schulen mehr Teilhabe ermöglichen, etwa durch Schulparlamente. Die Landesregierung habe durch die Änderung der Schulverfassung die Teilhaberechte bereits gestärkt.

Auch die fehlenden Mitspracherechte von Migrant_innen wurden als großes Problem genannt. Einig war sich das Podium, dass das Internet zwar wichtige methodische und kommunikative Möglichkeiten biete, dass aber die persönliche Begegnung in der politischen Bildung dadurch nicht ersetzt werden könne. Darüber hinaus bestand Konsens, dass politische Beteiligung und politische Bildung in der heutigen Zeit miteinander verschränkt sein müssten.

Interview mit Christine Wiringer, Leiterin eines Kinderhorts und Multiplikatorin des Programms "Kinderstube der Demokratie"

"Die politische Bildung beginnt mit dem Eintritt in die Kita"

Inwiefern ist die politische Bildung Voraussetzung für politische Beteiligung? Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die politische Bildung im Zeitalter des Web 2.0?

Wiringer: Partizipation und Bildung bedingen sich gegenseitig. Bildung, und das gilt auch für politische Bildung, ist nicht ohne Beteiligung zu haben und ist stets ein sehr individueller und persönlicher Prozess. Ebenso bietet Beteiligung an den eigenen Angelegenheiten und an Angelegenheiten, welche die Gesellschaft und Gemeinschaft betreffen, zahlreiche Bildungsanlässe und Raum für neue Erfahrungen und Weiterentwicklung bei Kindern. Auf diese Weise

erlernen Kinder demokratische Kompetenzen, die sie auf die Welt von morgen vorbereiten.

Wir wissen nicht, was die heute geborenen Kinder in zwanzig oder dreißig Jahren erwartet, welche Probleme sie lösen müssen und vor welchen Anforderungen sie stehen werden. Was wir wissen ist, dass sie in der Lage sein müssen, sich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen, um in einer Vielfalt von Themen, Einflüssen und rasanten Veränderungen ihre eigene Bildungsbiografie zu gestalten.

Bildung als die Fähigkeit, sich die Welt selbsttätig immer wieder neu anzueignen, wird eine wichtige Voraussetzung für Handlungskompetenz und damit für Teilhabe des Einzelnen sein.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die politische Bildung zukünftig aussehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass sich vornehmlich Schüler_innen aus sozial starken Familien für Politik interessieren, während das Thema bei ihren Altersgenossen aus sozial schwachen Familien eher auf Gleichgültigkeit stößt; auch vor dem Hintergrund, dass das Gefälle zwischen den Einkommensschichten immer größer wird?

Wiringer: Für ein Kind beginnt mit Eintritt in die soziale Gemeinschaft der Kindertagesstätte politische Bildung. In dieser öffentlichen Gemeinschaft treffen sehr unterschiedliche Vorerfahrungen der Kinder aufeinander und müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Bestenfalls lernen Kinder somit Demokratie, indem sie Demokratie erleben. Unabhängig von Herkunft, sozialen und finanziellen Verhältnissen besteht in dieser kleinen, geschützten Gesellschaft Chancengleichheit für alle.

Idealerweise sollten diese Strukturen im System Schule ihre Fortsetzung finden. Eine kürzlich veröffentlichte Studie besagt, dass Demokratiebildung bereits im Alter von etwa zwölf Jahren abgeschlossen ist und dass bereits zu diesem Zeitpunkt



festgelegt wird, ob ein Mensch sich im Jugend- und Erwachsenenalter einmal gesellschaftlich engagieren wird.

Wir sehen momentan sowohl in Europa als auch in Deutschland das Erstarken von populistischen Parteien, welche mitnichten nur durch bildungsferne Schichten getragen werden. Inwieweit meinen Sie könnte dieser Entwicklung durch wertegebundene politische Bildung entgegengewirkt werden? Sollte man dieser Entwicklung überhaupt entgegenwirken oder eher eine offene Kontroverse mit den Parteien oder politischen Strömungen suchen?

Wiringer: Die Entscheidung, wie mit Andersdenkenden zu verfahren ist, muss grundsätzlich jeder für sich treffen. Wenn Kinder von Beginn an mit einer respekt-vollen, achtsamen und wertschätzenden Haltung aufwachsen, werden sie auch später in der Lage sein, andere Denk- und Verhaltensweisen zu tolerieren. Toleranz endet jedoch dort, wo sie Gefahr läuft, missachtet und missbraucht zu werden.

Frau Wiringer, wie versuchen Sie als Leiterin des Schülerhorts "Villa Kunterbunt" und Ihre Mitarbeiter_innen Kindern politische Bildung zu vermitteln? Wie kann man das Kinderrecht auf Mitbestimmung in der Praxis mit Leben füllen?

Wiringer: Kinder müssen wissen, wo, wann und wie sie sich beteiligen können. In einer demokratisch verfassten Kindertagesstätte nach dem Konzept "Die Kinderstube der Demokratie" haben sich die pädagogischen Fachkräfte in einer verfassunggebenden Versammlung darüber verständigt, welche Selbst- und Mitbestimmungsrechte den Kindern auf jeden Fall zugestanden werden sollen und welche Selbst- und Mitbestimmungsrechte sie auf keinen Fall haben sollen.

In der daraus entstandenen schriftlichen Verfassung über die Rechte der Kinder finden alle Themen, die das einzelne Kind oder das Zusammenleben in der Gemeinschaft betreffen, Berücksichtigung. Es werden Beteiligungsgremien eingerichtet, wie etwa Kinderkonferenzen oder ein Kinderparlament mit gewählten Delegierten, die sich regelmäßig versammeln, um anstehende Themen zu besprechen oder in unterschiedlichen Verfahren darüber abzustimmen

Die in der Verfassung enthaltenen Rechte und Beteiligungsthemen werden den Kindern alters- und entwicklungsangemessen vermittelt, sodass diese mit zunehmendem Alter ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie ein Recht darauf haben, Rechte zu haben. Durch diese Strukturen werden demokratische Kompetenzen erworben und gefördert, und die bisher alleinige Macht der pädagogischen Fachkräfte wird mit den Kindern geteilt.

Vielen Dank!

Das Interview führte Christoph von Velsen

Publikumsstimmen zur Veranstaltung "Politische Bildung von morgen!"

Anna Reich (24), Studentin der Sozialen Arbeit

Denken Sie, dass es in Zukunft durch die neuen Medien leichter oder eher schwerer wird, den Menschen fundierte politische Bildung zu vermitteln?

"Ich weiß nicht, ob es an den Medien hängt, aber ich finde es ganz cool, dass es zum Beispiel in Ländern, wo das Internet gesperrt wird, es immer irgendwelche Wege gibt, sich trotzdem politisch über das Internet zu organisieren. Also scheinen diese Medien doch sehr viel auszumachen."

Michael Hansch (30) ist Auszubildender als Krankenpfleger

Wie sollte politische Bildung an Schulen, aber auch für Erwachsene aussehen?

"Politische Bildung sollte so aussehen, dass sie verständlich gemacht ist für jeden, vor allem in der Schule wo natürlich der Grundstein gelegt wird für ein erweitertes Bildungssystem und das weitere Leben."







Wie wird Politik in Zukunft gemacht?

Die Politiker_innen von morgen

Während bisher vor allem die Rolle der Bürger_innen in der Demokratie von morgen Thema war, geht es auf den folgenden Seiten um die Politikerinnen und Politiker. Auch ihre Welt ist im Wandel: Parteien verändern sich stetig, die Arbeit der Parlamente steht unter strenger Beobachtung und sie selbst müssen womöglich ihre Rolle neu definieren.



V.l.n.r.: Lars Castellucci, Yasmina Banaszczuk, Julia Schramm, Erik Flügge, Thorsten Faas

Den Einstieg in dieses Thema bildete die Veranstaltung "Die Politiker_innen von morgen!". Wie die Ausweitung direkter Demokratie, neue Medien wie das Web 2.0 und die Mediatisierung von Politik die Rolle von Politiker_innen beeinflusst, diskutierten der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Lars Castellucci (SPD), die politische Bloggerin Yasmina Banaszczuk ("Frau Dingens"), der Politik- und Wahlkampfberater Erik Flügge und Julia Schramm, ehemaliges Vorstandsmitglied der Piratenpartei.

Das Web 2.0 als Stressfaktor

Die Bloggerin Yasmina Banaszczuk konstatierte zunächst, dass das Web 2.0 die Chancen für direkte Kommunikation, engere Vernetzung und mehr Transparenz, etwa durch Internetplattformen wie Abgeordnetenwatch.de, verbessere. Jedoch bestehe die Gefahr, dass durch die neuen Formen der Mediennutzung "Filterblasen" entstünden: selbstreferentielle Gruppen, die sich nur um sich selber drehen. Julia Schramm berich-

tete, dass sie als Politikerin der Piratenpartei unter ständigem Rechtfertigungsdruck gestanden habe – bei einem doch recht kleinen tatsächlichen Handlungsspielraum einzelner Abgeordneter, Politiker innen seien häufig getrieben von Ereignissen, wobei heutzutage die Auseinandersetzungen durch das Web 2.0 verschriftlicht würden. "Die Welt wird komplexer und gleichzeitig wird die Kommunikation durch eine begrenzte Zeichenzahl bei Twitter und Co. verkürzt." Unter diesen Umständen sei keine sinnvolle, produktive Auseinandersetzung möglich. Vielmehr diene das Web 2.0 den Selbstdarstellern. Die Vertraulichkeit von Verabredungen gehe verloren.

Nicht nur Gesetze produzieren, sondern Visionen kommunizieren

Was erwarten wir von unseren Politiker_ innen? Erik Flügge stellte fest, dass es generell kein Interesse an einem neuen Politiker-Typus gebe. Der klassische Rekrutierungsweg, die "Ochsentour" in den Parteien, sei immer noch der übliche. Die Bloggerin Yasmina Banaszczuk kritisierte, dass Parteien dadurch überwiegend Akademiker innen in die Politik holten und damit die Bevölkerung nicht angemessen repräsentierten. Damit stimmte Lars Castellucci, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg ist, überein. Er hält die Einführung von Vorwahlen für eine Möglichkeit, um die Rekrutierungsverfahren der Parteien zu demokratisieren. Es sei sehr wichtig, die Distanz zu den Bürgerinnen und Bürgern zu überwinden. Politiker_innen müssten auch Vorbilder sein, denn sie schüfen durch Gesetze auch Normen für das Zusammenleben aller. Wichtig sei aber nicht nur, so Erik Flügge, gute Inhalte und Gesetze zu produzieren, sondern viel mehr Mühe in gute Kommunikation zu investieren. Yasmina Banaszczuk sagte, bei der Glaubwürdigkeit von Politik gehe es nicht in erster Linie um einzelne Inhalte, sondern um konsistente Positionen und glaubhaft kommunizierte Visionen, die auf bleibenden Werten basierten, wie etwa Gerechtigkeit und Bildungschancen. Ohne solche Grundwerte erscheine Politik beliebig und opportunistisch.

In der anschließenden Fishbowl-Diskussion ging es unter anderem um die eingeschränkten Möglichkeiten der Bürger_innen, politisches Personal auszuwählen, etwa beim Wahlrecht auf Bundesebene. Kritisiert wurde, dass es hier nur "Paketlösungen" gebe und nicht etwa die Möglichkeit des Panaschierens oder Kumulierens wie bei den Kommunalwahlen.

Dauerwahlkampf als Problem für langfristiges Arbeiten

Alle Podiumsgäste waren sich einig, dass Politiker_innen nicht auf alle Themen eine Antwort haben, sondern arbeitsteilig und spezialisiert arbeiten müssten. Ein Teilnehmer meinte, dass das politische System für das schlechte Image der Politiker_innen verantwortlich sei: Der ständige Wahlkampf setze Politiker_innen derart unter Druck, dass sie nur noch nach Medienberichten und Umfragen schielten, statt die wirklich wichtigen Probleme anzugehen. Schramm sah das ähnlich und drückte die Hoffnung aus, dass Politiker_innen in Zukunft weniger mit Denkverboten zu kämpfen haben werden. Ein Vorschlag aus dem Publikum, die Wahlen zu synchronisieren und die Wahlperioden zu verlängern, stieß aber nicht bei allen Podiumsgästen auf Zustimmung. Erik Flügge betonte, dass es Kennzeichen der Demokratie sei, Politikprogramme immer wieder der Abstimmung durch das Volk zu unterziehen. Wahlkampf und Wahlen seien daher grundsätzlich etwas Positives.

Infobox: Dauerwahlkampf

Als "Dauerwahlkampf" wird die Situation bezeichnet, in der zeitlich nah beieinander mehrere Wahlen, etwa auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene stattfinden. Eine verbreitete Befürchtung ist, dass darunter die Sachpolitik leiden kann und der Wahlkampf die Politik dominiert.





Interview mit Lars Castellucci MdB (SPD)

"Man braucht so viele Perspektiven und Antwortversuche wie nur möglich"

Wie muss sich die Rolle von Politiker_innen wandeln, um den demokratischen Auftrag zu erfüllen?

Castellucci: Der wichtigste Punkt ist Nähe zu schaffen. Ein praktisches Beispiel aus der SPD zeigt: Wir waren einmal eine Million Mitglieder, jetzt sind wir um die 400.000 Mitglieder. Doch die Gremien und Positionen sind heute mehr als im Jahre 1970. Das heißt: Weniger Leute müssen mehr Positionen und Funktionen besetzen. Jemand wie ich, der im Bundestag sitzt und sich davor 20 Jahre ehrenamtlich engagiert hat: Wir sind Menschen, die von Sitzung zu Sitzung und von Gremium zu Gremium rennen. Damit verlieren wir leicht den Kontakt zu den Bürgern, falls wir den jemals hatten. Daraus müssen wir ausbrechen! Konkret würde das heißen: Unsere eigene Politikorganisation muss schlanker werden. Wir müssen weniger zu uns einladen und mehr zu den Bürgern hingehen, zum Beispiel Hausbesuche machen, und versuchen mit anderen gemeinsam etwas zu tun.

Wodurch lassen sich Politiker_innen überzeugen, den Partizipationsbedürfnissen von aufgeklärten Staatsbürger_innen nachzukommen?

Castellucci: Um gute Lösungen zu finden, braucht man so viele Perspektiven und so

viele Antwortversuche wie nur möglich. Nur wenn alle Argumente auf dem Tisch sind, kann man die beste Lösung finden. Politiker müssten das vielleicht einmal selber erleben, damit sie ein Beteiligungsverfahren nicht als Angriff auf ihre Machtposition sehen. Sie sollten verschiedene Vorstellungen erleben, neben den eigenen. Danach sind die Menschen wirklich zufriedener. Wir brauchen gute Beispiele, und die gibt es auch. Etwa den "Stadtbahn-Dialog" in Mannheim. Es gab eine Vorstellung davon, wie die Stadtbahn gebaut werden soll, in dem Prozess wurden auch die Bürger beteiligt, und die Planungen sind tatsächlich verbessert worden. Am Ende waren die Menschen mit der Stadtbahn einverstanden. obwohl sie vorher skeptisch waren. Solche Beispiele können uns helfen, den Gedanken von Beteiligung und Partizipation weiter zu verbreiten.

Wie verändern sich die Aufgaben von und Anforderungen an Politiker_innen, wenn mehr direktdemokratische Elemente in die repräsentative Demokratie einfließen?

Castellucci: Ich bin vor allem deshalb für mehr direkte Demokratie, weil ich glaube, dass wir dann besser erklären können, besser in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern treten können, einfach mehr miteinander kommunizieren oder sogar gemeinsam etwas erreichen. Das Band zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Gewählten wird enger. Es verändert sich.

Es geht aber nicht nur um Anforderungen an die Politiker_innen, sondern auch um Anforderungen beziehungsweise Pflichten, die sich an die Bürgerinnen und Bürger richten, nämlich das tatsächliche Mitmachen. Den Politikerinnen und Politikern noch mehr Lasten auf die Schultern zu bürden, funktioniert auch nicht.

Vielen Dank!

Das Interview führte Anab Awale





Die Parteien von morgen

Mit dem Trend zu Parteienverdrossenheit und der Forderung nach mehr direktdemokratischen Elementen stellt sich die Frage, welche Rolle die politischen Parteien in einem System noch haben, in dem Bürger_innen mehr und mehr direkt die Agenda bestimmen. Sind Parteien in einer solchen "Bürgerdemokratie" gar überflüssig? Um das zu beantworten, war in der Veranstaltung "Die Parteien von morgen" Moritz Leuenberger von der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei (SP) zu Gast. Der ehemalige Schweizerische Bundespräsident gab einen beeindruckenden Einblick in die Realität der direkten Demokratie in der Schweiz. Am Tag zuvor erst hatten die dortigen Bürger_innen vielfach abgestimmt, unter anderem über die umstrittene Ecopop-Initiative, die sich für einen radikalen Einwanderungsstopp verbunden mit der Bereitstellung von Entwicklungsgeldern für Verhütungsprogramme in Afrika aussprach. Dazu kamen viele kantonale Abstimmungen, zum Beispiel über die Senkung des Lehrergehalts im Wallis oder darüber, ob in Basel-Stadt ieder Ausländer von der Verwaltung persönlich willkommen geheißen werden muss.

Mögliche Gegner werden frühzeitig einbezogen

Trotz der ausgeprägten direkten Demokratie werden jedoch auch in der Schweiz am Ende über 95 Prozent aller Entscheidungen von den Parlamenten getroffen. Leuenberger beschrieb die Wirkung der starken Mitspracherechte so: Allein die Möglichkeit der Bürger_innen, sich gegen ein Gesetz zu wenden, führe in der Schweizer Politik dazu, dass von Anfang an alle einbezogen würden – vor allem diejenigen, die später als Gegner das Gesetz zu Fall bringen könnten. Eine frühe Informations- und extensive Beteiligungspolitik sei die Folge. Die Parteien sähen die direkte Demokratie nicht als Bedrohung,



V.l.n.r.: Florian Wahl, Thorsten Faas, Moritz Leuenberger

sondern nutzten sie selbst aktiv, um eigene Initiativen über das Volk einzubringen. Die Sachorientierung der Initiativen führe zudem dazu, dass Parteien sich mehr über Positionen definieren müssten als über Führungspersönlichkeiten. Das wiederum spiegele sich in der geringeren Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen wider: Wenn jederzeit die Möglichkeit besteht, zwischen den Wahlen kontrollierend einzugreifen, dann erscheine es vielen nicht so wichtig zu wählen. Die Rolle der Parteien in der direkten Demokratie sei trotzdem wichtig: Sie haben laut Leuenberger eine Leuchtturmund Orientierungsfunktion, denn nur sie entwickeln zu allen Sachthemen Positionen und müssen diese in einem kohärenten Gesellschaftsentwurf zusammenführen.

Wem nutzt direkte Demokratie?

Interessant war auch Leuenbergers Perspektive auf die direkte Demokratie als Minderheiteninstrument: Zwar fielen direktdemokratische Entscheidungen im Ergebnis oft

eher konservativ aus, orientierten sich also am Status Ouo. Doch hätten Minderheiten mit den Instrumenten der direkten Demokratie und den darin garantieren Rechten die Chance einzuhaken und ihre Argumente vorzubringen. Es seien oft Minderheiten, die die direkte Demokratie nutzen, um ihre Themen gesellschaftlich zu diskutieren, neue Vorschläge einzubringen und so den politischen Prozess entscheidend zu beeinflussen. Dennoch brauche es auch in einem politischen System mit starken Elementen der direkten Demokratie zusätzlich einen starken Minderheitenschutz, konstatierte Leuenberger. Als natürliche Folge daraus habe sich die Schweizer Konkordanzdemokratie entwickelt: In der Regierung sind alle wichtigen Parteien vertreten, es gibt also keine festen Mehrheiten. Für alle Gesetzesinitiativen müssen die Regierungsparteien einen ausreichenden Konsens finden. Sei dies gelungen, so gebe es auch eine breite gesellschaftliche Basis für das Vorhaben.

Eine Folge des Konsensprinzips in der Regierung sei aber auch, dass die jeweiligen Parteivertreter oft ein spannungsvolles Verhältnis zu ihrer eigenen Partei hätten. Denn die Parteien seien verständlicherweise nicht immer einverstanden mit den ausgehandelten Kompromissen. Naturgemäß, so Leuenberger, seien die Schweizer Regierungsmitglieder also keine "Parteisoldaten".

Der ehemalige Schweizer Bundespräsident sieht sein Land freilich nicht uneingeschränkt als Vorbild. Kritisch bewertet er etwa, dass es kein Verfassungsgericht gibt, das Initiativen frühzeitig auf Grundrechtsverstöße prüft und sie bei Verfassungswidrigkeit verbieten könnte. Ein weiteres Manko sei die fehlende Transparenz bei der Finanzierung von Volksinitiativen und Abstimmungskämpfen. Doch das Beispiel Schweiz zeige, dass ein politisches System, das das Volk als Souverän ernst nimmt und ihm weitgehende Mitgestaltungsrechte zugesteht, weder zu Unregierbarkeit noch ins wirtschaftspolitische Desaster führe. Vielmehr habe die Einbeziehungskultur und Konsensorientierung zur Folge, dass die Menschen sich gehört fühlten und deswegen zufriedener mit ihrer Demokratie seien, auch wenn sich nicht alle Initiativen mit ihren Anliegen durchsetzen.

Mehr Mitbestimmung auch in Deutschland

In einer Entgegnung auf Moritz Leuenberger bekräftigte der Landtagsabgeordnete Florian Wahl (SPD) dann auch das Vorhaben der SPD, zusammen mit den Grünen mehr Mitbestimmung in Baden-Württemberg möglich zu machen. Er betonte zudem die immer wichtigere Aufgabe der Parteien, Meinungen aus der Bevölkerung aufzuspüren, zu bündeln und stärker als bisher in die Politik einfließen zu lassen. Viele Öffnungsprozesse hätten in (einigen) Parteien bereits stattgefunden, zum Beispiel Parteikonvente und Mitglieder-Urabstimmungen über wichtige Entscheidungen oder über Spitzenkandidat innen.



Aus dem Publikum wurde signalisiert, dass die Unzufriedenheit mit den Parteien in der Tat groß sei. Um wieder mehr Anziehungskraft zu entwickeln, müssten sie vor allem Gestaltungskraft vermitteln statt scheinbarer Alternativlosigkeit. Klar wurde, dass die Parteien in einer starken Bürgerdemokratie nicht irrelevant würden, sondern ihre Funktion und Arbeitsweise verändern müssten.

Publikumsstimmen zur Veranstaltung "Die Parteien von morgen"

Rouven Kraus, Schüler

"Ich fand die Veranstaltung interessant, hatte es aber ein bisschen anders erwartet. Ich finde, das Thema wurde nicht in allen Bereichen erfasst, die Vorträge gingen teilweise daran vorbei. Das Thema war eher direkte oder repräsentative Demokratie und nicht, wie sich Parteien entwickeln müssen. Die Entwicklung von Parteien unabhängig von direkter Demokratie hat gefehlt. Mich hätte interessiert, was die aktuellen Missstände der Parteien sind und was sie zum Beispiel gegen Mitgliederschwund tun können."

Infobox: Referenden und Volksinitiativen in der Schweiz

Bei Referenden wird unterschieden zwischen obligatorischen und fakultativen Referenden. Erstere sind verfassungsrechtlich bei wichtigen Gesetzesvorhaben vorgeschrieben, welche nur durch ein "Doppelmehr" (Mehrheit der Kantone und der Stimmbürger_innen) verhindert werden können. Bei letzteren müssen 50.000 Bürger_innen innerhalb von drei Monaten ein Referendum beantragen, um eine Abstimmung über ein neues Gesetz zu erzwingen. Hier reicht eine einfache Mehrheit der Stimmbürger_innen auf Bundesebene, um das Gesetz abzulehnen.

Bei einer Volksinitiative müssen 100.000 Bürger_innen die Aufhebung, Änderung oder Neuschaffung eines Verfassungsartikels verlangen. Parlament und Bundesrat (Regierung) geben die Frage dann mit Abstimmungsempfehlung an das Volk weiter. Auch hier ist ein "Doppelmehr" nötig.

2015 kam es zu vier abgestimmten Volksinitiativen und zwei Referenden.





Unser Parlament von morgen

Auch die politische Rolle der Parlamente verändert sich. Das wurde in der Debatte über direktdemokratische Verfahren deutlich. Schon heute sehen sich die Parlamente erheblicher Kritik ausgesetzt: Lobbyisten seien zu einflussreich; die Entscheidungsfindung sei für die Bürger_innen kaum nachvollziehbar; die Entfernung zum Willen der Bevölkerung sei zu groß – so lauten einige der Vorwürfe. Was leistet das Parlament im demokratischen System? Wie könnte es in Zukunft aussehen? Das waren die Leitfragen der Diskussion "Unser Parlament von morgen!". die Moderator Thorsten Faas mit folgenden Gäste führte: dem Chefredakteur der Wochenzeitung "Das Parlament" des Deutschen Bundestags, Jörg Biallas, der Landesgeschäftsführerin des Vereins Mehr Demokratie Baden-Württemberg, Sarah Händel, Roman Ebener, bei Abgeordnetenwatch.de zuständig für Wahlen und Parlament, sowie der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Ute Vogt.

Hoher Druck, wenig Anerkennung

Klar scheint, so der Politologe Thorsten Faas, dass Parlamentarier_innen es schon einmal einfacher hatten als heute, da sie von vielen Seiten in der Kritik stünden. Die Zivilgesellschaft fordere mehr Transparenz und Offenheit, ähnlich wie die Medien, wenn diese auch vergleichsweise wenig über die eigentliche Arbeit des Parlaments berichteten. Auch die Regierung setze das Parlament unter Druck: Riesige Gesetzespakete, teils in Brüssel ausgehandelt, müssten innerhalb kürzester Zeit parlamentarische Verfahren durchlaufen. Und selbst das Verfassungsgericht trage seinen Teil bei, weil es der Politik immer wieder rechtliche Grenzen setze. Gleichzeitig gehe die Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit zurück, zumindest wenn man die heutigen Wahlbeteiligungsraten im Vergleich zu früher als Maßstab nehme. Dennoch weist Faas dem Parlament innerhalb unserer Demokratie die zentrale Rolle zu. Auf nationaler Ebene könnten sich nur die Bundestagsabgeordneten darauf berufen, direkt vom Volk gewählt zu sein.

Thesen zum Zustand des Parlamentarismus

Wie aber – wenn überhaupt – passen diese vermeintlich große Legitimität und die fehlende Wertschätzung zusammen? Und wie entwickelt sich das Parlament weiter?

Zu diesen Fragen präsentierte Jörg Biallas, Chefredakteur von "Das Parlament", fünf Thesen:

- Politik und ihre Vermittlung sind komplexer geworden, gleichzeitig wächst der Zeitdruck. Dies liege unter anderem an der supranationalen Verschränkung von Themen und Prozessen sowie der Digitalisierung der Medien. Eine Reform der parlamentarischen Abläufe sei geboten.
- 2. Eine unzureichende, oft auch falsche Berichterstattung in den Medien habe zur Folge, dass sich die Bevölkerung vom parlamentarischen Betrieb abwende. Die Sparpolitik der Verlage und damit einhergehendes Fehlen an Know-how sowie die Beschleunigung im Medienbetrieb führten zu einer Banalisierung der Berichterstattung und einer eklatanten Unkenntnis der realen Abläufe bei der Bevölkerung.
- Junge Menschen dächten zwar oft noch politisch, aber immer weniger parteipolitisch. Damit büßten die von den Parteien propagierten Gesellschaftsmodelle an Akzeptanz ein. Das wirke

Infobox: Kumulieren und Panaschieren

Wahlrechtsreformen drehen sich oft um die Möglichkeit, bei Wahlen die Parteilisten durch Kumulieren und Panaschieren beeinflussen zu können.

Kumulieren (von lat. cumulus = Anhäufung) bedeutet, dass Wähler bei Wahlen mehrere Stimmen auf einzelne Kandidaten vereinigen können. Die Listen sind dann "offen", es wird also nicht nur eine Partei gewählt, sondern ihre Kandidaten einzeln. In der Regel können nicht mehr als drei Stimmen pro Kandidat_in abgegeben werden. In der Auswertung werden dann jedoch die Stimmen einer Liste zusammengerechnet, um die Sitzzuteilung zu bestimmen.

Als Panaschieren (von frz. panacher = farbig machen, mischen) wird die Möglichkeit bezeichnet, mehrere verfügbare Stimmen auf Kandidaten verschiedener Parteien zu verteilen.

- sich negativ auf die Repräsentationsfunktion aus. Es sei sehr wichtig, sich geeignete Strategien dagegen zu überlegen. Vielen Politiker_innen sei das Problem bekannt, eine passende Antwort hätten sie aber noch nicht gefunden.
- 4. Mehr direkte Demokratie löse die Probleme nicht. Zwar sei eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Verfahren auf lokaler und regionaler Ebene zu begrüßen, nicht aber auf Bundesebene, da direkte Demokratie sozial noch selektiver sei als Wahlen. Es beteiligten sich überdurchschnittlich viele Menschen mit finanziellen Ressourcen und höherem Bildungsgrad.

 Insgesamt sei der Parlamentarismus in guter Verfassung. Man müsse nur dafür Sorge tragen, dass dies so bleibe.

Reformvorschläge für das Parlament von morgen

Sarah Händel von Mehr Demokratie Baden-Württemberg plädierte dagegen umso vehementer für die Einführung von mehr direktdemokratischen Verfahren. Diese würden zu mehr politischem Interesse, Diskussion und Engagement seitens der Bevölkerung führen und damit die Legitimität des Systems steigern. Direkte Demokratie sei keine Bedrohung, sondern eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Sie könne die Position der Parlamentarier, vor allen die der Opposition, sogar stärken. Tatsache sei, dass die Menschen mehr mitreden wollten, so Händel. Sie verstehe nicht, dass viele Mandatsträger die direkte Demokratie als Angriff auf ihr Amt oder als Ausdruck des Misstrauens empfänden. Es gebe Ängste vor einem Kontrollverlust, vor anstrengenden Diskussionen mit der Bevölkerung oder vor dem eigenen Bedeutungsverlust. Neben der zentralen Forderung nach mehr Demokratie machte Händel konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Parlaments:

- Der Einfluss der Bürger_innen auf die Zusammensetzung der Parlamente sollte gestärkt werden. Händel plädiert für eine Reform des Wahlsystems mit einer veränderbaren Liste (Möglichkeit des Kumulierens) sowie ein Absenken der Fünf-Prozent-Hürde oder zumindest eine Entschärfung durch eine Ersatzstimme, sollte die gewünschte Partei den Einzug in das Parlament nicht schaffen.
- Der Zugang von Lobbyisten zu den Abgeordneten sollte reguliert und die Ressourcen für die Parlamentarier_innen und deren Mitarbeiter_innen müssten aufgestockt werden, um sie unabhängiger von der Expertise der Lobbyisten zu



V.l.n.r.: Roman Ebener, Sarah Händel, Thorsten Faas, Ute Vogt, Jörg Biallas

machen. Auch eine Vergrößerung des Parlaments zur Entlastung der einzelnen Abgeordneten sei zu überlegen.

Der Fraktionszwang sollte zugunsten von mehr innerparteilichen Diskussionen vor allem bei grundsätzlichen Themen gelockert werden.

Bürger_innen über Grundsatzfragen entscheiden lassen

Roman Ebener von Abgeordnetenwatch.de stimmte mit Händel weitgehend überein. Der Bundestag sei ein Stabilitätsanker für die deutsche Politik und ein sehr effektives Beschlussorgan: Er sei sowohl in der Lage, Gesetze zu komplexen ethischen Fragen zu beschließen, als auch zu vergleichsweise schnellen Entscheidungen zu kommen. Ebener sieht aber auch zahlreiche Herausforderungen für das Parlament. Er nannte die fehlende Einbindung der Bürger_innen, zu häufige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ein zu enges Meinungsspektrum. Zudem sei die Kommuni-

kation stark verbesserungsbedürftig: Politik sei gefordert, Entscheidungen zu erklären und nicht den Eindruck zu erwecken, sie seien alternativlos. Kompromisse seien in einer Demokratie zweifellos wichtig. Abzulehnen seien aber Deals, die Grundrechte gegeneinander ausspielen, etwa nach dem Motto: "Wir bekommen den Mindestlohn, dafür geben wir die Blockade bei der Vorratsdatenspeicherung auf."

Auch Ebener plädierte für die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene, die in vielen Ländern und Bundesländern ein erprobtes Mittel seien. "Bei Themen, die kein Richtig oder Falsch kennen und die von grundsätzlicher Bedeutung sind, kann nur die Bevölkerung entscheiden", so Ebener. Dabei müsse allerdings sichergestellt werden, dass die Rechte von Minderheiten geschützt würden. Weiterhin plädierte Ebener für eine Verbesserung der Kommunikation und mehr Transparenz in den Debatten, um damit die Bürgerinnen und Bürger viel stärker einzubeziehen. Dies sei dank des Internets heute so einfach wie nie zuvor





Durch Diskussion und Beteiligung Verständnis und Engagement fördern

Das Parlament ist besser als sein Ruf: Das findet die Bundestagsabgeordnete Ute Vogt. Natürlich könnten nicht alle Abgeordneten Experten für alle Themen sein, aber es gebe viel Detailarbeit in den spezialisierten Bereichen sowie gute Mechanismen, um sich gegenseitig am Fachwissen teilhaben zu lassen. Darüber hinaus müssten zu bestimmten Themen alle Abgeordneten sprechfähig sein. Demokratie sei anstrengend, man müsse sowohl den Medien als auch der Bevölkerung genauer erläutern, wie Entscheidungen zustande kommen. "Es braucht eine Diskussionskultur, die möglichst viele einbindet", sagte Vogt. Auch sie plädierte für die Einführung ergänzender direktdemokratischer Verfahren auf Bundesebene. Diese könnten Anreize für politisches Engagement schaffen und im Idealfall auch mehr Verständnis für schwierige Entscheidungsfindungen generieren. In einem Parlament

der Zukunft sollten öffentliche Ausschusssitzungen, übertragen via Internet, zur Regel werden. Die Wahlverfahren sollten möglichst einfach gestaltet bleiben, um eine hohe Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

Kritik an Medien, Nichtregierungsorganisationen und der Diskussionskultur im Netz

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum stand die Frage nach direkten Entscheidungen durch das Volk im Mittelpunkt. Viele Teilnehmende plädierten angesichts sinkender Legitimität von Parteipolitik für mehr direktdemokratische Verfahren. Allerdings war strittig, wie weit eine solche Einbindung des Volkes in die Entscheidungsfindung gehen solle, angesichts der Komplexität von Themen, des hohen Zeitdrucks bei Entscheidungen sowie einer notwendigen Abwägung und Kompromissfindung. Dies führte zu dem ebenso heftig diskutierten Thema der politischen Kommunikation.

Jörg Biallas monierte, Journalist_innen wüssten häufig nicht mehr zwischen Nachricht und Kommentar zu unterscheiden und ließen auch viele politische Grundkenntnisse vermissen. Andere beklagten die mangelnde Diskussionskultur im Internet, die zu Polarisierung und Diffamierung führe. Zudem wurde der Vorwurf laut, die Regierung unterdrücke unliebsame Nichtregierungsorganisationen wie etwa Netzpolitik.org. Doch auch die Rolle mancher NGOs und das Geschäftsmodell "Kampagnen durch Shitstorms" wurden kritisch hinterfragt.

In ihrem Schlusswort fasste Sabine Fandrych vom Fritz-Erler-Forum zusammen, dass es wohl mehr Beteiligung und konstruktiven Dialog brauche, ebenso wie fundierte Kommunikation seitens der politisch Verantwortlichen, um die Entscheidungsfindung zu erläutern. Klar sei: Unsere Demokratie braucht engagierte Laien wie Expert_innen. Alle sollten den Mut haben, Rede und Antwort zu stehen und Kompromisse zu verantworten. Im Gegenzug gebühre ihnen ein respektvoller Umgang im politischen Diskurs.

Das politische Umfeld im Umbruch

Politik ist mehr als das Zusammenspiel von Bürger_innen, Politiker_innen und Parlamenten. Die Prozesse der Entscheidungsfindung spielen sich in einem Kosmos aus Medien, Wissenschaftler_innen, Interessenvertreter_innen und anderen politischen Dienstleistern ab. Um dieses Umfeld der Politik geht es im letzten Kapitel, wobei die Rolle von Medien, Demoskopie und Lobbyismus im Fokus steht.

Die Medien von morgen

Die Medien sind von allen Akteuren der politischen Welt den vielleicht stärksten Veränderungen unterworfen. Längst sind sie nicht mehr die einzigen Vermittler zwischen Politik und Volk. Viele Zeitungen sind einerseits in ihrem klassischen Geschäft unter Druck geraten, andererseits bieten Online-Auftritte die Chance nie gekannter Aktualität. Die Frage, wie sich die politische Kultur und die Medienkultur durch das Internet verändern, war Kern der Veranstaltung "Die Medien im Umbruch". Dort waren

Prof. Dr. Bernhard Pörksen von der Universität Tübingen, Ulrike Winkelmann von der taz, Ulla Fiebig vom Südwestrundfunk und Gerd Manthey, Gewerkschaftssekretär bei Ver.di als Diskutanten zu Gast.



V.l.n.r.: Gerd Manthey, Ulla Fiebig, Thorsten Faas, Ulrike Winkelmann, Bernhard Pörksen

"Im Zustand innerer 13-Jährigkeit"

Bernhard Pörksen spricht von einer neuen "Demokratisierung der Skandalisierung": Heute habe jeder einzelne Bürger die Möglichkeit, eine politische Äußerung aufzugreifen und zu einem politischen Skandal zu machen. So hatte ein Tübinger Student dafür gesorgt, dass ein Satz Horst Köhlers über den Schutz deutscher Wirtschaftsinteressen mit militärischen Mitteln, der wohl sonst nicht weiter beachtet worden wäre, von allen großen Medien aufgegriffen wurde. Zusammen mit den so angestoßenen Reaktionen war der Satz maßgeblicher Auslöser für Köhlers Rücktritt. Viele von uns trügen die neuen Instrumente der Skandalisierung – Smartphones, die Dauerzugang zum Internet bieten, filmen und aufnehmen können – mit uns herum. Damit steigt die Unsicherheit, wer das nächste "Opfer" einer solchen Skandalisierung wird. Denn im Internet-Zeitalter bestehe große Ungewissheit darüber, wer wie an Wissen über

wen gelangt und warum und wann dieses Wissen vielleicht ins Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit rückt. Durch Internetportale wie Youtube. Facebook oder Twitter, die ein Video innerhalb von Stunden berühmt machen können, entscheide nicht mehr das Kriterium der Relevanz über den Nachrichtenwert, sondern die volksnähere Interessantheit. Was verfängt? Was zieht? Was wollen die Menschen sehen? Folge dieser Entwicklung ist nach Pörksen eine Verzagtheit bei Politiker_innen und anderen Verantwortungsträgern, sich mit provozierenden und mutigen Thesen nach vorne zu wagen. Hinzu komme ein neuer Geschwindigkeitswettbewerb der Nachrichten, die sich immer schneller jagen und sich nicht mehr genug Raum lassen. Mit den Worten des Bloggers Sascha Lobo sagte Pörksen, dass wir uns bei diesen Entwicklungen in einem "Zustand innerer 13-Jährigkeit" befänden, einem gewissen jugendlichen Übermut also, den es durch Bildung und Internetkompetenz zu überwinden gelte.

Geschwindigkeit versus Gründlichkeit

Ulrike Winkelmann von der taz beschrieb die Überforderung der Journalist_innen durch das "Nachrichten-Karussell", das immer schneller werde. Spiegel Online etwa habe alle 90 Minuten einen neuen Aufmacher. Für Journalist innen werde es immer schwieriger zu entscheiden: Welche Debatte kann ich noch mit einem vertiefenden Beitrag anreichern? Wo kann ich als Journalist_in den entscheidenden Differenzgewinn erwirtschaften, das bedeutet: Wo führt die Mehrinformation dazu, dass nach der Internetpräsenz der Nachricht noch das Printmedium gekauft wird? Die Geschwindigkeit trage auch dazu bei, dass es immer mehr Allround-Redaktionen gebe und immer weniger Spezialist_innen, die sich mit einem Politikfeld wirklich auskennen. Das Geld für die Spezialisten fehle, und die Lücken würden von Lobbygruppen genutzt, um ihre Vorschläge zu präsentieren. Die Unterfinanzierung, die aus dem Konkurrenzkampf mit den kostenlosen Onlineangeboten der Redaktionen entsteht, tue das Ihrige dazu.

Ulla Fiebig vom SWR forderte mehr Mut der Redaktionen, nicht auf alle Themen aufzuspringen und sich stattdessen um weniger Themen intensiver und mit mehr Hintergrundinformationen zu kümmern. Man müsse Themen über einen längeren Zeitraum hinweg begleiten. Die Bürger_innen fragten solche tieferen Informationen durchaus nach. Beim SWR habe man darauf reagiert, indem zum Beispiel die abendliche Landesschau bald 30 statt 15 Minuten dauern werde. Allerdings müsse auch das öffentlichrechtliche Fernsehen darauf achten, nicht nur Nachrichten für eine Wissenselite zu produzieren. Man wolle mehr Menschen erreichen, denn schließlich zahlten ja auch alle Gebühren.

Gerd Manthey, Gewerkschaftssekretär bei Ver.di für Medien, Kunst und Industrie, kritisierte sehr viel grundsätzlicher den schon im Kalten Krieg angestoßenen Übergang zu





Medien als Dienstleistung und Ware. Was es bräuchte, sei ein schon von Willy Brandt versprochenes Presserechtsrahmengesetz, in dem Kriterien für Journalismus festlegt sind, zum Beispiel das Verbot der Vermischung mit werblichen Inhalten. Es brauche Zeitungen, die sich Redaktionsstatute geben, und Verleger, die den Journalist_innen erlauben, bei ihrer Arbeit danach zu handeln. Außerdem müsse die 1969 außer Kraft gesetzte Pressestatistik wieder eingeführt werden. Sie gab Auskunft darüber, wer im Land welche Medien besitzt oder Anteile daran hält, und legte Verflechtungen offen. Kultur und Medien müssten unbedingt aus den EU-US-Verhandlungen zu dem Freihandelsabkommen TTIP herausgehalten werden, um eine weitere Liberalisierung in diesen Bereichen zu verhindern und sich Möglichkeiten zu er-

Infobox: Filterblase

Hinter dem Begriff "Filterbubble" (dt. Filterblase) verbirgt sich die Annahme, dass die Kommunikation in sozialen Online-Netzwerken häufig nur innerhalb geschlossener Meinungszirkel stattfindet. Das liegt unter anderem daran, dass die Netzwerke mit der Zeit durch ihre Programmierung "lernen", welche Inhalte der Nutzer gerne liest, anklickt oder kommentiert, und dem Nutzer nur noch diese Inhalte anzeigt. Gegenläufige Meinungen verschwinden auf diese Weise allmählich aus dem Blickfeld.

Dies wird als problematisch angesehen, sowohl aus kommunikativer als auch aus Datenschutz-Perspektive. Zum einen haben Nutzer keinen direkten Einfluss darauf, welche Inhalte sie sehen. Zum anderen findet durch die Filter weniger kontroverser Austausch von Meinungen außerhalb der entstandenen "Blasen" statt und das Verständnis für andere Positionen nimmt möglicherweise ab. Die Nutzer bekommen letztlich den Eindruck, dass fast alle anderen Menschen ihrer Meinung seien, auch wenn dies nicht der Fall ist.

halten, geeignete Finanzierungsmodelle umzusetzen. Eine öffentliche Förderung des Print-Journalismus, ähnlich dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sei durchaus in Erwägung zu ziehen, wenn dadurch keine Abhängigkeiten entstünden.

In der anschließenden Diskussion hakte Moderator Thorsten Faas nach: Ist die Radikalität eines einzigen Tweets wirklich etwas ganz Neues? Mussten Politiker_innen nicht schon immer höllisch aufpassen, was sie sagen, wenn ein Journalist im Raum ist? Bernhard Pörksen konzedierte, dass 99 Prozent aller Twitternachrichten nur Hintergrundrauschen seien. Aber es sei eben völlig unsicher, welche Nachricht wann öffentliche Relevanz bekommt. Diese Potenzialität mache die Neuartiakeit des Phänomens aus. Ulrike Winkelmann fügte hinzu, dass die Brisanz von Tweets auch an ihre Form gebunden sei: In 140 Zeichen sei eben kein Platz für Relativierung, Erklärung oder einen Rahmen, der die Dinge ins Verhältnis setzt. Der Nachrichtenschnipsel gehe in Echtzeit raus und könne von jedem aufgegriffen, in seinem Sinne weiterverarbeitet und damit zur Gefahr für die Karriere des Betroffenen werden. Angesichts dieser Gefahr hielten sich viele in ihren Äußerungen lieber zurück.

Die "Filterblase" als Problem für den Diskurs

Ein weiteres von Faas ins Gespräch gebrachtes Phänomen ist die Separierung der Gesprächszirkel: Reden linksorientierte genauso wie rechtsorientierte Bürger_innen im Netz nur noch mit Gleichgesinnten? Pörksen stimmte dieser These zu und verwies darauf, dass die großen Zeitungen immer mehr ihre Funktion als gesellschaftliche Diskurs-Bestimmer verlören, was natürlich auch zu einer wenig produktiven Spaltung der Öffentlichkeit führe. Kritisch zu sehen sei hier auch die Rolle des akademischen Milieus: Aus dieser Richtung komme kein Statement zum kritischen Zustand der Printmedien. Er wünsche sich einen sehr viel stärkeren Zusammen-

schluss des Zeitungsmilieus mit den Akademikern, um das Bewusstsein für die aktuelle Problemlage zu schärfen und Lösungen voranzutreiben.

Aus dem Publikum kam die Frage nach neuen Bezahlmodellen. Ulrike Winkelmann sah vor allem die Printmedien durch das Internet bedroht. Sie wünschte sich, dass Marktführer wie Spiegel Online mit Bezahlmodellen vorangingen, damit der Unterbietungs- und Schnelligkeitswettbewerb beendet würde und genug Einnahmen generiert werden könnten, um Qualitätsjournalismus online und im Print zu finanzieren. Auch Pörksen sieht keine Krise der Qualität, sondern eine Krise der Finanzierung von Qualitätsjournalismus. Gerd Manthey wies darauf hin, dass viele Verlage sehr wohl noch ordentliche Gewinne zu verzeichnen hätten, diese aber nicht in die Zeitungen reinvestiert würden. Dringend müssten neue Finanzierungsmodelle diskutiert werden. Alle Podiumsgäste waren sich einig, dass die Medien mit sicheren Ressourcen, sprich die öffentlich-rechtlichen, besonders in der Verantwortung stünden, Qualitätsjournalismus zu betreiben. Eine qualitativ hochwertige und unabhängige Medienwelt sei für eine Weiterentwicklung der Demokratie zu einer Bürgerdemokratie mit dauerhafter Mitsprache und Engagement der Bürger_innen unverzichtbar. Heute gehe es darum, dafür die notwendige Basis zu legen.1

¹ Einzelne Beiträge der Diskussion "Die Medien von morgen!" sind als Videos hier abrufbar:

www.fluegel.tv/beitrag/9504, www.fluegel.tv/beitrag/9507, www.fluegel.tv/beitrag/9511, www.fluegel.tv/beitrag/9515, www.fluegel.tv/beitrag/9519, www.fluegel.tv/beitrag/9523, www.fluegel.tv/beitrag/9526, www.fluegel.tv/beitrag/9530, www.fluegel.tv/beitrag/9534



Interview mit Prof. Dr. Thorsten Faas

"Eine Demokratie ohne Medien ist nicht vorstellbar!"

Professor Faas, der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler wurde durch Bekanntwerden und Verbreitung seiner Aussage nach Verteidigung deutscher Interessen durch militärische Einsätze in sozialen Netzwerken mehr oder weniger zum Rücktritt gezwungen. Sie selbst haben am Ende Ihres Eröffnungsstatements das Publikum aufgefordert, über die Veranstaltung zu twittern. Sind Sie der Meinung, dass Medien, insbesondere digitale Medien, das politisch-demokratische System stärken oder schwächen?

Faas: Sie führen zunächst mal dazu, dass mehr Leute sich sichtbar und hörbar beteiligen können, und das ist doch etwas Positives. Aber man darf nicht außer Acht lassen, dass es wichtig sein sollte, dass wir alle über die gleichen Themen reden. Das ist nämlich ein Nachteil der neuen Medien: Es können sich schnell Teilpublika bilden, nur noch manche Menschen bekommen bestimmte Dinge mit und der Großteil bleibt außen vor.

Welchen Einfluss haben die Medien auf die politische Bildung der Bürger_innen?

Faas: Massenmedien spielen eine ganz zentrale Rolle, sie sind das Medium, über das öffentliche Meinung transportiert wird. Aber sie tragen auch selber dazu bei, indem sie kommentieren und einordnen, so dass sich öffentliche Meinung überhaupt erst bilden kann. Für jede Demokratie sind das zwei essentielle Funktionen, die erfüllt werden müssen. Insofern ist eine Demokratie ohne Medien heute nicht vorstellbar. Neue Medien wie Facebook und Twitter sind dazu hilfreiche Ergänzungen, weil wir uns alle einbringen können, aber sie werden die klassischen Medien nicht ersetzen.

Wer profitiert am meisten von den Medien? Sind es die Bürgerinnen und Bürger, die sich fortlaufend bilden können? Oder Politiker, die die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern pflegen können? Oder fragwürdige Interessensgruppen, die insbesondere neue Medien nutzen, um sich leichter Gehör zu verschaffen wie extreme Gruppierungen oder Lobbyisten?

Faas: Das ist eine schwierige Frage. Grundsätzlich ist es so, dass wir als Gesellschaft uns Massenmedien halten, damit wir ein Forum haben, auf dem Informationen ausgetauscht und diskutiert werden; ein Forum, aus dem sich eine öffentliche Meinung herausbilden kann. Und je mehr Leute sich beteiligen, desto besser. Dadurch, dass wir alle über neue Medien etwas dazu beitragen können, ist alles offener und freier geworden. Wichtig an dieser Stelle ist, dass der Zugang öffentlich und frei bleibt und eben nicht bestimmte Gruppen ein Monopol in dem Bereich haben und es nur für ihre Zwecke nutzen. Es muss ein Gleichgewicht der Kräfte bestehen.

Sind Sie der Meinung, dass Bürgerinnen und Bürger jetzt mehr Einfluss auf politische Entscheidungen haben?

Faas: Es wird nie so sein, dass 80 Millionen Menschen einflussreiche Twitterer werden. Wir brauchen weiterhin eine Auswahl. Wir können nicht alle alles lesen, das ist schlicht und ergreifend nicht machbar. Aber es gibt Wissenschaftler, Blogger und andere Personengruppen, die sich heute leichter Gehör verschaffen können, als es früher der Fall war, und somit ihre Sicht auf die Dinge

streuen können. Insofern ist es eine gewisse Öffnung, eine Vervielfältigung der öffentlichen Meinung oder der Bildung öffentlicher Meinung, und diese Entwicklung ist positiv zu betrachten.

Bedeutet diese Entwicklung auch mehr Teilhabe am politischen Prozess für Bürgerinnen und Bürger?

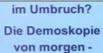
Faas: Wie wir uns informieren und wie wir Entscheidungen treffen, das sind zwei verschiedene Vorgänge. In jedem demokratischen System wollen wir, dass Bürgerinnen und Bürger gut informiert sind, dass sie die Informationen bekommen, die sie haben möchten und die sie auch brauchen, um sich eine Meinung zu bilden. Ob das am Ende dazu führt, dass sie selber im Sinne direkter Demokratie entscheiden, oder ob das weiterhin über Abgeordnete und Parteien passiert, hat nichts damit zu tun, dass wir in allen Systemen gute Informationen brauchen.

Welche Medien sind denn überhaupt wichtig für unsere politische Kultur?

Faas: Es muss ausgewogen sein, es muss diskutiert werden und es darf kein Monopol geben. Wir müssen uns selber eine Meinung bilden können, und das heißt, wir brauchen eine vielfältige Medienlandschaft. Klassische und neue Medien können durchaus Hand in Hand gehen, wenn sie dazu beitragen, dass insgesamt mehr und auch bessere Informationen erhältlich sind, warum nicht? Die Funktion, die der klassische Journalismus erfüllt, muss es weiterhin geben. Wir brauchen gute Informationen, wir brauchen vielfältige Informationen, an dieser Tatsache werden weder alte noch neue Medien etwas ändern können. Diese Funktionslogik brauchen wir in einer Demokratie, denn ohne sie wird es wirklich schwierig.

Vielen Dank!

Das Interview führte Amani Hussein





Die Demoskopie von morgen: Meinungsforschung oder Meinungsmache?

Meinungsforschung ist immer wieder Thema öffentlicher Debatten, insbesondere im Umfeld von Wahlen. Das liegt wohl auch daran, dass nicht klar ist, welches Verhältnis zur Politik sie genau hat. Einerseits informiert die Demoskopie die Politik über aktuelle Meinungstrends. Andererseits sehen sich Meinungsforscher oft dem Vorwurf ausgesetzt, sie seien manipulativ – oder gar manipulierbar. Die Frage, welchen Stellenwert die klassische Demoskopie in der heutigen Politik hat, war Leitfaden der Veranstaltung "Die Demoskopie von morgen". Es ging dabei unter anderem darum, wie die Demoskopen die Berichterstattung, die Meinungsbildung und die politische Entscheidungsfindung beeinflussen, aber auch darum, welche neuen Formen der Erfassung von Stimmungen es gibt. Die Gäste zu diesem Thema waren Dr. Yvonne Schroth, Vorstand bei der Forschungsgruppe Wahlen, der freie Journalist Stefan Niggemeier, Stephan Ueberbach vom SWR-Hauptstadtstudio und Frank Stauss. Geschäftsführer der Agentur BUTTER.1

Wenige wählen taktisch

Yvonne Schroth von der Forschungsgruppe Wahlen hielt ein Plädoyer für die Demoskopie. Seriöse Meinungsforschung sei repräsentativ und stelle ein objektives Korrektiv zur journalistischen Berichterstattung dar. Den Schwarzen Peter sah sie eher bei den Medien: Diese sollten sich fragen, welche Daten sie wie zitierten. Als Herausforderung für die Datenerhebung bei der Meinungsforschung nannte Schroth das weniger weit gespannte Telefonnetz. Dadurch würden Be-

fragungen über Festnetz schwieriger. Online-Befragungen seien billiger, aber nicht repräsentativ. Auch die Transparenz bezüglich der Auswertung der Daten sei eine Herausforderung. Nicht alle Meinungsforschungsinstitute legten ihre Rohdaten offen. Welchen Einfluss Umfragen auf die Einstellung und das Verhalten der Wähler_innen haben, ist laut Schroth völlig offen; nur vier Prozent der Befragten gäben zu, dass Umfragen bei ihrer Meinungsbildung eine Rolle spielten. Sicher sei, dass ein kleiner Teil der Wähler_innen taktisch wähle und dabei auf Umfrageergebnisse vertraue.

Stephan Ueberbach vom SWR konstatierte einen gewachsenen Bedarf der Politik an Umfragen. Allein das Kanzleramt gebe pro Jahr etwa 150 Umfragen in Auftrag zu Themen wie der NSA-Affäre, der Euro-Krise oder dem Klimawandel. Die Regierung sei über die aktuelle Stimmungslage und ihren Marktwert in der Bevölkerung genau im Bilde. Natürlich habe die Demoskopie auch Auswirkungen auf die journalistische Berichterstattung insbesondere vor Wahlen. Sie biete eine einfache Orientierungshilfe und erzeuge Spannung, insbesondere was den Beliebtheitsgrad von Politiker_innen angehe. Die Frage, ob Meinungsumfragen auch zu mehr

Beliebigkeit in der Politik führten, bejahte Ueberbach. Wer sich die anfängliche Befürwortung der Energiewende und dann die plötzlich negative Haltung der bayerischen Landesregierung zum Bau von Stromtrassen ansehe, könne zu keinem anderen Schluss gelangen. Die nach Umfragen erfühlte Lage stehe den objektiven Interessen und einer seriösen Sachpolitik teils im Wege.

"Umfragen oft falsch interpretiert"

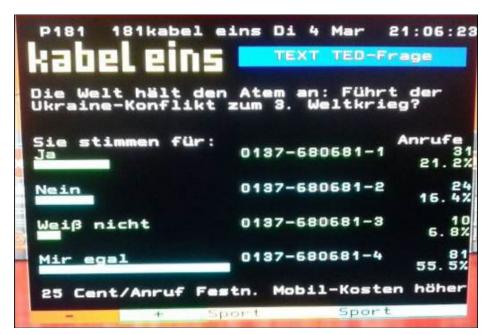
Stefan Niggemeier, freier Medienjournalist und Blogger, illustrierte an zahlreichen Beispielen seine Kritik an Umfragen und deren Perzeption durch Medien. Er konstatierte, dass Umfragen "sexy" für Medien seien, da sie greifbar und faktisch erschienen. Dabei werde jedoch der dahinter stehende Auftraggeber mit seinen Interessen zu wenig reflektiert. Durch das scheinbar Faktische werde die Illusion eines Wissens erzeugt, aber der Kontext und die Ursachen für bestimmte Phänomene blieben häufig unbekannt. Umfragen machten aus allem eine Nachricht und die Medien schrieben diese jeweils voneinander ab. Mit Umfragen werde Meinung gemacht; häufig würden sie falsch interpretiert.

Infobox: Taktisches Wählen

Als "taktische Wahlentscheidung" wird gemeinhin eine Wahlentscheidung verstanden, bei der nicht nur die eigene Parteipräferenz, sondern auch die Ergebnisse von Umfragen vor der Wahl eine Rolle spielen. Dies kann dazu führen, dass Wähler_innen einer anderen Partei als der eigentlich bevorzugten ihre Stimme geben. Ein Grund kann die Sorge sein, der potenzielle Koali-

tionspartner der eigenen Partei würde an der Fünfprozenthürde scheitern und stünde dann nicht mehr als Partner zur Verfügung (sogenannte Leihstimmen). Eine andere Möglichkeit ist die Wahl einer der großen Parteien, damit diese stärkste Kraft wird und beispielsweise der/die Regierungschef_in im Amt bleibt, obwohl man eigentlich einer kleineren Partei anhängt.

Den Mitschnitt der Veranstaltung gibt es hier: https://www.youtube.com/watch?v= haH-SQzMpQU



Frank Stauss von der Agentur BUTTER stellte fest, dass sich in Deutschland die Taktung der Umfragen deutlich erhöht habe. Umfragen würden heute auch zwischen den Wahlen wichtiger. So werde schon jetzt (Februar 2015) die Frage nach den Kanzlerkandidaten für 2017 gestellt. Dabei veränderten Umfragen in kritischen Situationen in der Tat Meinungen – etwa bei der Aussicht auf Machtoptionen oder auf das Überspringen von Prozenthürden. Sie veränderten auch die Fragestellungen von Journalist_innen. Überschriften in den Medien seien scheinbar nur noch etwas wert, wenn sie Zahlen enthielten. Dabei sah Stauss die Überschwemmung der Menschen mit Zahlen kritisch. Den Umfrageinstituten werde aber auch Macht übertragen: So habe das Deutsche Olympische Komitee beispielsweise beschlossen, die Bewerbung der Städte Berlin und Hamburg von einer FORSA-Umfrage abhängig zu machen. Angesichts der Vielzahl von repräsentativen Umfragen seien für politische Entscheidungsträger eher qualitative Untersuchungen interessant, die die Relevanz verschiedener Themen abfragen und die dahinter liegenden Einstellungen erkunden.

Bild aus der Präsentation von Thorsten Faas. Screenshot einer Kabel eins Umfrage

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Demoskopie sowie die Berichterstattung häufig für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, für die die Politik selbst Verantwortung übernehmen müsste. So konnte laut Stephan Ueberbach bei der Bundestagswahl 2013 die so genannte asymmetrische Demobilisierung¹ der Union fruchten, da der Wahlkampf wenig polarisierend war. Stauss pflichtete ihm insofern bei, als einige Themen für eine Polarisierung geradezu auf der Straße gelegen hätten. Wer sich einschläfern lasse, sei selbst schuld, so Stauss.

Publikumsstimmen zur Veranstaltung "Demoskopie von morgen: Meinungsforschung oder Meinungsmache?"

Jan Henryk Walendy, Schüler

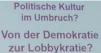
Ist die Rolle der Meinungsforschung im politischen Entscheidungsprozess positiv oder negativ? Warum?

"Wie so vieles ist sie ambivalent. Wie Herr Stauss angemessen angemerkt hat: Sie ist da und man muss mit ihr umgehen. Sicher, sie kann auch ihre negativen Seiten haben, besonders wenn falsch und ungeschickt interpretiert wird. Setzt man jedoch einen hinreichend gebildeten Bürger voraus, bei dem man von einem gewissen Maß an Medienkompetenz ausgehen können sollte, so kann sie, angemessen eingeordnet, eine positive Rolle spielen."

Jan Georg Plavec, Redakteur Stuttgarter Zeitung

"Meinungsforscher können mithelfen, der Politik auch ienseits von Wahlen konkrete Hinweise auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu liefern. Aber, und das hat die Veranstaltung des Fritz-Erler-Forums gezeigt, die Zahlen sind nicht immer so objektiv, wie sie vorgeben. Meinungsforscher haben Macht und sie kämpfen um Aufmerksamkeit. Beides zusammen kann dazu führen, dass Demoskopen ihre Ergebnisse zu stark zuspitzen und so aktiv in die politische Diskussion eingreifen. Umso wichtiger, dass die Demoskopie selbst zum Gegenstand öffentlicher Debatten wird. Denn Umfragen können zur politischen Willensbildung beitragen – aber eben nur, wenn die Wähler sie richtig lesen können und wissen, wie sie zustande kommen."

Als asymmetrische Demobilisierung wird eine Wahlkampfstrategie bezeichnet, bei der durch absichtliches Meiden kontroverser Themen vermieden wird, die potenziellen Wähler_innen des politischen Gegners zu mobilisieren.





Von der Demokratie zur Lobbykratie?

"Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik." -Dieser Aussage stimmten in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 fast drei Viertel aller Befragten zu¹. Grund genug, das Thema Lobbyismus kritisch zu behandeln. Lobbyisten sind wahrscheinlich die Gruppe aus dem politischen Umfeld, die am kritischsten gesehen wird: Sie werden mit einer Entwertung der Demokratie, Politikverdrossenheit und Resignation bei den Bürger_innen in Verbindung gebracht. In der Diskussionsrunde zum Thema "Von der Demokratie zur Lobbykratie?" sollten einige drängende Fragen besprochen werden: Welchen Einfluss haben Lobbygruppen wirklich auf Politik und Verwaltung? Gibt es auch guten Lobbyismus? Wo liegt die Grenze zur Korruption? Welche Ansätze der Kontrolle gibt es? Und schließlich: Leben wir bereits in einer Post-Demokratie, in der gegen die ökonomischen Interessen kaum noch Politik gemacht werden kann?

Tatsächlich habe Lobbyismus in Deutschland nach Expertenmeinung in den letzten Jahren zugenommen, so Dr. Sabine Fandrych vom Fritz-Erler-Forum. Dies habe mit der Globalisierung, Europäisierung und dem Umzug des Bundestags nach Berlin zu tun. Sichtbar werde dies beispielsweise durch den teils sehr schnellen Wechsel von gut vernetzten ehemaligen Politiker_innen in die Wirtschaft und zu Lobbyorganisationen, aber auch durch eine immer stärkere Repräsentanz von Unternehmen in der Hauptstadt und die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Kampagnen.

¹ Andreas Zick/Anna Klein: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Mit Beiträgen von Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer; 2014, S. 86 ff. Zu Gast in der Diskussion waren, neben den Gastgeberinnen Sarah Händel vom Verein Mehr Demokratie Baden-Württemberg und Sabine Fandrych, Jochen Bäumel, ehemaliger Vorstand von Transparency International Deutschland, Andreas Kuhlmann, Leiter des Bereichs Strategie und Politik beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BdEW), und Antje Sirleschtov, Leiterin der Hauptstadtredaktion des Tagesspiegels.

Infobox: Lobbyismus

Der Begriff "Lobbyismus" leitet sich aus dem englischen Wort "lobby" bzw. dem lateinischen "lobia" ab. Beides bezeichnet die Vorhalle, in diesem Fall die von Parlamenten. Historisch gesehen war dies der Ort, wo Vertreter verschiedener Gruppen auf Parlamentarier trafen und ihnen ein bestimmtes Verhalten nahe legen konnten, bevor der eigentliche Plenarsaal betreten wurde. Diese Vertreter können etwa von Unternehmen oder gemeinnützigen Vereinen kommen. Heute ist "Lobbyismus" tendenziell ein negativ besetzter Begriff, der auf die starke Einflussnahme von Lobbygruppen auf vom Volk gewählte Repräsentanten verweist.

Gleiche Zugangschancen für alle

Sarah Händel vertrat die Meinung, dass es in Deutschland keine ausreichenden Regelungen zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung gebe. Bezüglich der Schaffung gleicher Zugänge zu Entscheidungsträger_innen verdienten drei Aspekte besondere Aufmerksamkeit: der Zeitpunkt der Intervention sowie die Ressourcen und die Fachlichkeit der Interessenvertreter. Händel nannte als Herausforderungen: Um ein

möglichst ausgewogenes Meinungsbild zu generieren, müssten die wichtigsten gesellschaftlichen Interessen zu einem Thema oder Vorhaben gleichzeitig und frühzeitig eingebunden werden. Es müsse eine Art Ressourcengleichheit für alle als wichtig eingestuften Interessen geschaffen werden. Und betroffene Politiker_innen und Bürokrat_innen bräuchten den Sachverstand, Vorschläge von Lobbyisten in ihren Konsequenzen beurteilen und einordnen zu können.

Händel schloss mit der These, dass es angesichts der Lobbyaktivitäten von Einzel-unternehmen und Lobbyverbänden – und als Gegengewicht dazu – auch bundesweite Volksentscheide geben solle, die einen Zugang der Bevölkerung in die Politik schaffen und es erlauben würden, aus der Bevölkerung heraus Vorschläge zur Abstimmung zu stellen. Laut Händel kann ein Vorteil direktdemokratischer Entscheidungen sein, dass der Einfluss von Einzelinteressen besser kontrollierbar sei als bei parlamentarischen Entscheidungen.

5000 Lobbyist_innen in Berlin – und kein Lobby-Register

Jochen Bäumel von Transparency International gab einen kurzen geschichtlichen Abriss des deutschen Lobbyismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Meilenstein war unter anderem die Gründung der Staatsbürgerlichen Vereinigung im Jahr 1954 mit Konrad Adenauer an der Spitze und Vertretern der führenden Industrievereinigungen. Hier wurde Geld für den Wahlkampf der konservativen Parteien gesammelt. Heute gibt es etwa 5000 Lobbyist_innen in Berlin.

Bäumel konzedierte, der Lobbyismus sei notwendiger Bestandteil der Demokratie, denn Interessensverbände erfüllten die wichtige Funktion, Interessen zu bündeln. Das Ansehen der Interessensverbände sei



Infobox: Flick-Affäre

Die Flick-Affäre war ein bedeutender Parteispendenskandal in den 1980er-Jahren. Dabei wurde aufgedeckt, dass der Flick-Konzern mehrfach geheime Bargeldzahlungen an Politiker aller damaligen Bundestagsparteien (CDU, CSU, SPD und FDP) getätigt hatte. Diese wiesen teilweise sechsstellige Summen auf. Dass durch diese vom Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch sogenannte "politische Landschaftspflege" auch Entscheidungen zu Gunsten des Konzerns beeinflusst wurden – in diesem Fall hätte Bestechung vorgelegen –, konnte nicht abschließend nachgewiesen werden. Trotzdem war ein großer Vertrauensverlust für die Parteien die Folge. Die Affäre führte 1984 zum Rücktritt des Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff (FDP).

allerdings sehr negativ. Um ihr Lobbying zu bewerkstelligen, benötigten sie meist Türöffner. Diese Funktion nähmen häufig ehemalige Politiker_innen wahr, die in die Wirtschaft gewechselt seien. Damit komme es immer häufiger zu dem so genannten Drehtüreffekt. Eine weitere Methode der Einflussnahme sei, die Interessenvertreter direkt als Abgeordnete ins Parlament zu schicken. Auch Parteispenden, Sponsoring und großzügige Anzeigen seien üblich. Bäumel nannte beispielhaft einige der großen Skandale wie etwa die Flick-Affäre. Um unlauteren Lobbyismus wirksam zu bekämpfen, forderte er ein verpflichtendes Lobby-Register, Verhaltensregeln für Lobbyisten und die Einführung eines legislativen Fußabdrucks, bei dem genau aufgezeigt werde, wer an einem Gesetzentwurf mitgearbeitet habe.

Transparente Regeln für den Lobbyismus

Andreas Kuhlmann vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft führte an, dass ein Verband nicht nur eine Lobbyorganisation sei, sondern zunächst einmal vielfältige Interessen bündeln sowie gemeinsame Positionen erarbeiten und kanalisieren müsse. Der BdEW biete seinen 150 privaten und kommunalen Mitgliedsunternehmen darüber hinaus einen Fachservice an. Im Verband gebe es rund 200 Gremien und zahlreiche Diskussionsprozesse. Somit seien die Interessen, die vom Verband vertreten würden, bereits Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, anders als bei der Vertretung eines einzelnen Unternehmens. Kuhlmann erklärte den Hinterzimmer-Lobbyismus für tot. Er räumte ein, dass es an Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen mangele und dass die Politik immer komplexer werde. Gleichzeitig sei ein genereller Vertrauensmangel seitens der Bevölkerung festzustellen. Kuhlmann befürwortete daher die Einführung transparenter Regeln für den Lobbyismus, um der Erosion des politischen Vertrauens entgegenzuwirken.

Antje Sirleschtov vom Tagesspiegel begann ihr Statement mit der Feststellung, dass Deutschland keine Lobbykratie sei. Interessen wahrzunehmen sei Teil der demokratischen politischen Kultur. Dieser Weg stehe allen offen, nicht nur den Industrieunternehmen. Das Beispiel der Hebammen habe in jüngster Zeit gezeigt, dass man eine erfolgreiche Kampagne mit Kreativität auch ohne viel Geld lancieren könne. Laut Sirleschtov würde die Einführung eines Lobbyregisters die Transparenz erhöhen: "Jeder kann dann sehen, wer Interessen vertritt und wessen Interessen er vertritt." Die Journalistin warnte aber davor, an ein Lobbyregister zu hohe Erwartungen zu knüpfen. Ein solches würde nicht automatisch zu mehr Akzeptanz demokratischer Prozesse bei der Bevölkerung führen.

Differenzierte Kritik statt Skandalisierung

Die Diskussion fokussierte zunächst auf den Gegensatz zwischen der legitimen Interessenvertretung als Teil des demokratischen Systems einerseits und dem schlechten Ansehen von Lobbyisten andererseits. Für Jochen Bäumel ist diese Diskrepanz darauf



V.I.n.r.: Andreas Kuhlmann, Antje Sirleschtov, 22 Jochen Bäumel, Sabine Fandrych





Demokratie als Simulation?

zurückzuführen, dass zum einen "Unterirdisches" gelaufen sei und dass die Zivilgesellschaft zum zweiten kritischer geworden sei. Darüber hinaus gebe es vielschichtige Veränderungen in der deutschen Demokratie, etwa eine wachsende Komplexität von Sachverhalten, einen Mangel an Wissen und ein generelles Misstrauen. Dabei biete sich der Lobbyismus als Projektionsfläche für einen diffusen Politikverdruss an. Immerhin, so Bäumel, ermögliche das Internet mehr Transparenz und Einflussmöglichkeiten durch die Zivilgesellschaft. Man müsse Politik unter neuen Bedingungen machen, Stellungnahmen online stellen und differenzierte Kritik üben, statt sich einer Kultur der Skandalisierung hinzugeben. Kuhlmann verwies darauf. dass viele Gesetzentwürfe und Positionen der Lobbyistenverbände bereits im Netz zu finden seien, was aber häufig von der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen werde.

Um eine Einschätzung der Eingangsthese von Sarah Händel gebeten, erteilten alle drei Podiumsteilnehmer_innen direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene als wirksamem Mechanismus zur Bekämpfung des Lobbyismus eine Absage. Auch direkte Demokratie sei gegen intransparente Einflussnahme nicht gefeit. Stattdessen plädierten die Podiumsteilnehmer_innen unisono für eine Stärkung des Parlaments als zentrales Willensbildungsorgan der Demokratie.



Der Abschluss der Veranstaltungsreihe "Politische Kultur im Umbruch" stand unter der Überschrift "Demokratie als Simulation?". Dies bezog sich auf die Frage zu Beginn der Reihe, ob die moderne Gesellschaft mehr oder weniger Demokratie benötigt. Es sollte also wieder um die großen Fragen gehen: Was bedeutet der gesellschaftliche Wandel für die Demokratie? Wo sind die Schwachstellen? Wo liegen Entwicklungspotenziale für die moderne Demokratie?¹

Dazu begrüßte Dr. Sabine Fandrych vom Fritz-Erler-Forum Professor Ingolfur Blühdorn, den Autor des Buches "Simulative Demokratie", der mit seinen Thesen den Anstoß zur Debatte gab. Außerdem waren zu Gast Dr. Serge Embacher vom Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement und Leni Breymaier, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Landesbezirksleiterin der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Zunächst zog Thorsten Faas, Politikwissenschaftler von der Uni Mainz und Moderator der Veranstaltungsreihe, ein Fazit. Er verglich die Veranstaltungsreihe mit einer großen Badewanne: Zunächst stehe man oben am einen Rand und versuche, sich einen Überblick zu verschaffen. Dann gehe es in die Tiefe. Mit kleinen Schritten und Reformvorschlägen habe sich die Reihe durch viele hochaktuelle Fragen der modernen Demokratie gearbeitet. Selbst wenn nichts zu Ende diskutiert worden sei, stehe man nun am anderen Rand der Wanne und könne sich, mit diesem Hintergrund, wieder den großen Fragen der demokratischen Grundstruktur widmen. Auch im Hinblick auf die sehr gute Beteiligung und das hohe Interesse des Pub-

¹ Eine Video-Dokumentation und die Zusammenfassung des Vortrags von Prof. Ingolfur Blühdorn können Sie auf dem FES-YouTube Kanal (https://www.youtube.com/user/ FESonline) sehen bzw. unter folgenden Links: https://www.youtube.com/watch?v=wzLPKRuMghQ, https://youtu.be/vcP4j78KwCw.

likums wies Faas darauf hin, dass Veranstaltungen wie diese als Forum für kontinuierliche Diskussionen gebraucht würden – denn Demokratie sei zwar bisweilen zäh, aber notwendig.

Die Demokratie im Formwandel

Den Input für die Diskussion zum Thema "Simulative Demokratie" gab Ingolfur Blühdorn. Er räumte ein, auch er könne die Frage nach einem Mehr oder Weniger an Demokratie nicht beantworten. Zunächst gehe es aber darum, überhaupt zu verstehen, in was für einem Zustand sich unsere Demokratie befinde und warum. Er stellte dazu drei Thesen auf, die sich an populären Irrtümern orientieren:

- Die Demokratie sei nicht in der Krise. Vielmehr erfahre sie gerade einen Formwandel.
- Die Demokratie k\u00f6nne nicht "wiederbelebt" werden und "so werden wie fr\u00fcher". Denn unser fr\u00fcheres Leitbild der Demokratie habe sich im "emanzipatorischen Fortschritt" \u00fcberlebt.
- 3. Die demokratischen Werte würden nicht nur noch simuliert. Vielmehr sei diese Aussage selbst Teil einer vermeintlichen Simulation, weil es die darin implizierte "wahre Demokratie" nicht mehr gebe.

Mehr Demokratie habe lange als Lösung für alle Probleme gegolten und demokratische Werte seien immer noch weit verbreitet. Allerdings seien die politischen Verfahren häufig immer weniger demokratisch, was man etwa an den TTIP-Verhandlungen sehe. Zudem habe die Demokratie eine Legitimitätskrise, weil sie trotz ihrer Hegemonie im Westen ihre ursprünglichen Ziele und Verheißungen, insbesondere soziale Gerechtigkeit, nicht einlösen könne. Blühdorn sprach daher von einem gefühlten "Peak Democracy" bei der Bevölkerung, also dem Punkt, an dem



Ingolfur Blühdorn

der wahrgenommene Grenznutzen von mehr Demokratie kleiner oder sogar negativ wird.

Die "Emanzipation zweiter Ordnung"

Blühdorn sah verschiedene Gründe für den ambivalenten Zustand der Demokratie, die einerseits von den meisten Menschen befürwortet wird, deren Ergebnisse andererseits als unbefriedigend betrachtet werden. Ein Grund sei das Scheitern der sogenannten Neuen sozialen Bewegungen (NSB), die sich etwa für Frieden, Gleichstellung oder Umweltschutz einsetzten. Diese hätten zwar

selbstverständlich Einfluss gehabt, aber gleichzeitig das Ziel einer authentisch neuen Politik verfehlt und zudem die politische Ungleichheit in der Bevölkerung weiter verstärkt. Da durch die NSB viele konkurrierende Werte entstanden seien, die aber als gleichwertig angesehen würden, sei es sehr schwierig geworden, zu politischen Entscheidungen zu kommen. Dieser Zustand der Überforderung aufgrund der neuen Komplexität nähre wiederum die Hoffnung auf Objektivität und die Sehnsucht nach einfachen Lösungen, wie sie populistische Parteien anböten. Entscheidungen würden daher immer häufiger an demokratisch nicht legitimierte

Instanzen delegiert. Ein Beispiel dafür sei die im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise gebildete Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission.

Einen weiteren Grund für den Zustand der Demokratie sieht Blühdorn in neuen Identitäts- und Selbstverwirklichungsidealen. Die zunehmende Individualisierung, die Selbstverwirklichung durch Konsum und die Ausbildung "flexibler Identitäten" führten dazu, dass ein Gemeinwohl immer schwieriger zu ermitteln sei. Doch die Bereitschaft zur ständigen Flexibilität sei in einer immer komplexeren und beschleunigten Gesellschaft unumgänglich. Die Befreiung vom Zwang zur einengenden Konsistenz der Identität – etwa ein wahrhaft konsistenter Umweltschützer zu sein – bezeichnet Blühdorn mit Rückgriff auf Kant als "Emanzipation zweiter Ordnung", also den Auszug aus der zuvor selbst erkämpften Mündigkeit (der "Emanzipation erster Ordnung").

Ein weiterer wichtiger Faktor bestehe in den Grenzen des Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen Möglichkeit der Umverteilung ohne Verzicht. Aus einem "trickle-down-Effekt" werde ein "squeeze-up-Effekt": Der Verzicht der unteren Schichten werde genutzt, um die Freiheiten und Privilegien einiger weniger auszubauen. Das zentrale Versprechen der sozialen Gerechtigkeit könne so nicht mithilfe der Demokratie eingelöst werden.

Das postdemokratische Paradox

Diese Konstellation führe schließlich zum sogenannten postdemokratischen Paradox: Einerseits behielten demokratische Werte und Institutionen für die Bürger_innen ihre Bedeutung, und einzig demokratisch legitimierte Entscheidungen erschienen ihnen akzeptabel, selbst wenn dadurch bürgerliche Freiheiten und demokratische Rechte eingeschränkt werden. Andererseits verabschiedeten sich die Bürger_innen von der Demokratie und wollten vor allem das





Zentrum ihrer eigenen Welt sein – die Interessen der anderen und des Gemeinwohls stünden hintenan. Die Folge seien demokratische "Themenparks", wie etwa Demonstrationen, in denen zwar Forderungen geäußert, das eigene Verhalten aber nicht in Frage gestellt werde. Der Einsatz für die Demokratie sei dabei eine Simulation.

Als mögliche Ziele für eine Gesellschaft in dieser Situation sieht Blühdorn zum einen, dass die Praktiken der Simulation offengelegt werden. Zum anderen müsse deutlich gemacht werden, dass die aktuelle Ordnung der sozialen Ungleichheit und der Umweltvernichtung nicht nachhaltig sei. Sie werde in absehbarer Zukunft zusammenbrechen. Das einzige Gegenmittel gegen soziale Eruptionen als Folge dieser Ordnung sei wahrhaft sozialdemokratische Politik mit dem Ziel der Umverteilung von unten nach oben.

Permanente Krisenstimmung "demokratiefeindlich"

Leni Breymaier stimmte Blühdorns Ausführungen in vielen Punkten zu. Auch im Gewerkschaftsumfeld lasse trotz ausgeprägter Mitsprachemöglichkeiten die Kompromissbereitschaft bei vielen Menschen nach. Diese seien auf ihre Position fixiert und hätten kein Verständnis mehr für politisch notwendige Kompromisse. Leni Breymaier sah dabei das Problem nicht so sehr in der Individualisierung als solcher, sondern in der Entkoppelung der Eigeninteressen vom Gemeinwohl. Die Straffung des Bildungssystems baue viel Druck auf und erziehe junge Menschen so zu "Abcheckern", die nur auf ihr persönliches Fortkommen bedacht seien. Zudem sei den Menschen nicht mehr bewusst, welche Gepflogenheiten die Politik im Lauf der Zeit aufbaut.

Breymaier warnte auch davor, sich zum Objekt oder gar Opfer der Globalisierung zu stilisieren. Deutschland spiele durchaus eine aktive – teils auch ungute – Rolle im Prozess der Globalisierung. Breymaier kritisierte die Diskussionskultur in der aktuellen Politik: Es

könne nicht sein, dass Entscheidungen als "alternativlos" dargestellt würden und eine permanente Krisenstimmung propagiert werde. Das sei demokratiefeindlich. Ihre Kritik galt auch den Medien: Diese schauten weniger als früher auf die politischen Aktivitäten der Menschen, was sich beispielhaft in der dürftigen Berichterstattung zu den starken TTIP-Protesten im letzten Herbst zeige.

"Eine andere Politik wäre sofort möglich"

Für Serge Embacher vom Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement war die Analyse Blühdorns nach eigener Aussage zwar schmerzhaft, aber wichtig. Er sah die Neuen sozialen Bewegungen ebenfalls kritisch, da diese inzwischen vor allem in Nischen verharrten und teilweise absurde Diskussionen in den Vordergrund rückten, etwa ob man von "Flüchtlingen" oder "Geflüchteten" sprechen sollte. Derartige Nischendebatten, die oft nur winzige Bevölkerungsteile beträfen, lenkten von gesellschaftlichen Grundproblemen ab.

Im Gegensatz zu Blühdorn vertrat Embacher jedoch die Ansicht, dass letztlich der Kapitalismus für die Ungleichheit in der Gesellschaft verantwortlich sei und diese nicht der Demokratie anzulasten sei. Die Diagnose, dass Menschen von zu vielen Gestaltungsmöglichkeiten ermüdet seien, sei vielmehr ein Dekadenzphänomen. Demokratie sei zunächst einmal nur ein Entscheidungsverfahren – eine andere, beispielsweise "linkere" Politik wäre selbst im aktuellen Bundestag theoretisch sofort möglich. Embachers Fazit: Nicht die Emanzipation zweiter Ordnung habe eingesetzt, sondern die ursprüngliche Emanzipation, also die Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, sei noch immer nicht abgeschlossen.

Plädoyer für mehr Demokratie

In der anschließenden Fishbowl-Diskussion hakte Moderator Thorsten Faas bei Blühdorn nach, ob die Menschen verlernt hätten, Entscheidungen zu akzeptieren, die ihnen nicht gefallen – was Leni Breymaier ja ebenfalls beobachtet hatte. Blühdorn meinte, viele seien nicht mehr in der Lage oder gewillt, rational zu argumentieren. Stattdessen dächten sie fundamentalistisch und wollten andere Positionen gar nicht besprechen. Diese Position wurde auch im Publikum aufgegriffen: Insbesondere die jungen Menschen interessierten



V.l.n.r.: Serge Embacher, Thorsten Faas, Ingolfur Blühdorn, Leni Breymaier, Teilnehmer Wolfgang Braun





Leni Breymaier

sich nicht mehr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wurde beklagt. Dies wies Embacher zurück und meinte, die Jugend sei heute nicht besser oder schlechter als früher, sie lebe eben unter anderen Rahmenbedingungen. Zudem seien sehr viele junge Leute gesellschaftlich engagiert.

Zum Abschluss hielt Sarah Händel angesichts der düsteren Analyse ein Plädoyer für mehr direkte Demokratie, auch als gesellschaftliche Bewährungsprobe. Man müsse den Menschen einfach die Chance geben, direkt über politische Fragen abzustimmen, bevor man davon ausgehe, dass sie damit

überfordert wären oder nur egoistische Entscheidungen gegen das Allgemeinwohl treffen würden. Die Demokratie müsse jetzt mutig weiterentwickelt werden, damit endlich die scheinbare Alternativlosigkeit aufgebrochen werde.

Interview mit Leni Breymaier

"Hinterzimmer-Debatten – das ist einfach out"

Frau Breymaier, wie muss sich die politische Entscheidungsfindung verändern, um globale Problemfelder zu lösen?

Breymaier: Also, als allererstes müssen wir schauen, dass die Menschen verstehen, um was es überhaupt geht. Ich finde, das Thema Freihandelsabkommen ist ein wunderbares Beispiel, wie Leute anfangen, sich im Detail mit einem Thema zu befassen. Aber bis sie es durchdrungen haben, sind

die Entscheidungen schon getroffen. Wir Deutschen sind bei vielen Entscheidungen, auch bei Freihandelsabkommen, nicht die Getriebenen. Wir sind die Treiber. So müssen wir das betrachten. Wir setzen international Maßstäbe mit unserer Politik. Also ich sag mal als Beispiele die Rente mit 67 oder der Niedriglohnsektor. Da können wir einfach bei uns mit den Hausaufgaben anfangen.

Wo wir gerade bei Deutschland sind: Sind Sie der Meinung, dass populistische Bewegungen die Reaktion auf eine entpolitisierte Gesellschaft sind? Breymaier: Das weiß ich nicht, aber ich glaube, das kann einfach auch eine Reaktion auf Schieflagen sein, die seit Jahrzehnten da sind, die wachsen statt schrumpfen. So sterben Arme sieben Jahre früher als Reiche. Das ist eigentlich unfassbar. Deshalb sehe ich jetzt, wenn man konkret Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Teile der Republik anschaut, dass die AfD – das ist das Spektakuläre – einfach sozialer Protest ist, der nach rechts gerichtet ist. Die AfD ist eine Partei, die im Grunde genommen eigentlich nur eine radikalisierte FDP ist. Das macht mir wirklich Kummer. Deshalb glaube ich, wir müssen versuchen über Inhalte zu reden und über die wahren.





Gründe der sozialen Schieflagen. Über den Konflikt Reich gegen Arm.

Eigentlich haben Menschen heute doch so viel Freizeit wie nie zuvor. Warum nutzen sie diese ihrer Meinung nach nicht für die Politik?

Breymaier: Wir haben vielleicht formal eine niedrigere Wochenarbeitszeit, die tatsächlichen Zahlen deuten in eine andere Richtung. Die allermeisten haben ihre Berufstätigkeit und Familienpflichten und vielleicht auch manches Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Und ich glaube, dass, wenn ich so ausgepowert bin, mir die politische Arbeit ein Stück weit auch Spaß machen muss. Ich möchte mich vielleicht nicht auf mehrere Jahre in einem Vorstand verpflichten, ich möchte es bitte ein bisschen konkret haben. Und ich möchte mit Leuten zusammen sein, die mir was bringen. Ich möchte auch, dass die menschlichen Begegnungen wertvoll für mich sind. Und ich glaub einfach, diese Hinterzimmer-Debatten von vor zwanzig oder dreißig Jahren in rauchgeschwängerter Umgebung sind einfach out. Ich glaube gar nicht, dass die Menschen entpolitisiert sind, sondern dass viele Leute es einfach gerne konkreter haben.

Vielen Dank!

Das Interview führte Tanja Rebmann

Publikumsstimmen zur Veranstaltung "Demokratie als Simulation?"

Melinda Duffey



Würden Sie sagen, dass sich die Demokratie verändern muss?

"Was wir früher hatten, können wir nicht zurückbekommen. Demokratie ist immer in der Entwicklung. Ich glaube, in Zukunft wird es eine andere Form der Demokratie geben, und das kann sehr positiv werden. Aber wir müssen auch etwas dafür tun."

Wolfgang Braun



Was ist die wichtigste Erkenntnis, die Sie heute gewonnen haben?

"Die Demokratie hat es bisher nicht geschafft, soziale Gerechtigkeit zu erzeugen. Der Individualismus ist gestärkt und greift immer mehr um sich. Daher stimme ich der provokanten These "Demokratie als Simulation" zu. Denn eine richtige Demokratie findet bei uns momentan nicht statt. Die Analyse wurde ja auch geteilt und wie man jetzt da rauskommt, wieder eine Gesellschaft macht für die Menschen, das erschließt sich mir nach dem heutigen Abend noch nicht so ganz."

Frohmund Wiedmann



Was ist die wichtigste Erkenntnis, die Sie heute gewonnen haben?

"Eigentlich die, dass die etablierten Parteien immer noch nicht begriffen haben, dass wir Bürger, die wir jetzt im 21. Jahrhundert praktisch auf Knopfdruck alle Informationen abrufen können, die wir benötigen, um eigentlich fast an jeder x-beliebigen Entscheidung nach einer gewissen Einarbeitungszeit teilhaben zu können, dass wir jetzt wirklich Direktdemokratie wollen. Heute kann jeder über ein kleines Gerät mit allen anderen in Verbindung treten und Interessengemeinschaften bilden. Das Beispiel von Frau Händel war daher so schön, als sie gesagt hat, im Kindergarten muss das schon anfangen und dann in allen Lebensstufen immer wieder praktiziert und ausprobiert werden. So stelle ich mir Demokratie 2.0 vor."



MEHR DEMOKRATIE

info@mitentscheiden.de www.mitentscheiden.de



Werastraße 24 70182 Stuttgart

Telefon: 0711 24 83 94-3 Telefax: 0711 24 83 94-50 info.stuttgart@fes.de www.fritz-erler-forum.de

Impressum: Politische Kultur im Umbruch? Quergedacht in Baden-Württemberg. Dokumentation der Veranstaltungsreihe in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Dr. Sabine Fandrych (v. i. S. d. P.)

Texte und Interviews von: Anab Awale, Lars Böller, Dr. Sabine Fandrych, Sarah Händel, Amani Hussein, Tanja Rebmann, Patrick Saiger, Christoph von Velsen

Fotos: Thorsten Faas, Sven Teschke und FES, Anab Awale, Lars Böller, Dr. Sabine Fandrych, Sarah Händel, Amani Hussein, Tanja Rebmann,

Patrick Saiger, Christoph von Velsen, Silvia Wittig **Redaktion:** Ulrike Schnellbach/Dr. Sabine Fandrych

Layout: Rotkel Textwerkstatt

Druck: Henkel GmbH Druckerei, Stuttgart

Stuttgart, Juni 2016